2. Jahrgang, Nr. 14 März 1999

ROTFUCHS

Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost der Deutschen Kommunistischen Partei

Qual der Wahl

Einige Tage vor der 2. Beratung des 6. Parteitags der Demokratischen Sozialisten in Suhl besuchte mich ein sehr angesehener und zu DDR-Zeiten bewährter Genosse. Heute ist er Basisgruppenvorsitzender der PDS. Ohne Umschweife machte mein Freund seinem Herzen Luft. Sollte in Suhl André Brie auf die Europa-Liste seiner Partei oder gar an deren Spitze gelangen, gehe er nicht zur Wahl, verkündete er kategorisch. Einen Kandidaten, der die DDR unter dem "Totalitarismus"-Aspekt mit dem Faschismus verglichen habe, wolle er sich nicht antun. Zu meiner Verblüffung stellte mein Besucher, der der DKP nicht sonderlich nahesteht und in seiner Partei zu bleiben gedenkt, die berechtigte Frage: "Warum kandidiert eigentlich die DKP nicht? Diesmal wäre sie vonnöten. Ich würde sie wählen. Und mancher andere PDS-Genosse täte das sicher auch!"

Ich erklärte meinem Gast unsere Beschlußlage: Am vierten Tag des 14.DKP-Parteitags hätten in Gladbeck zwar rund 45 Prozent der Delegierten dafür gestimmt, die öffentlichkeitswirksamen Möglichkeiten eines eigenständigen Wahlkampfes zu nutzen und ungeachtet begrenzter Stimmgewinn-Aussichten als politisch unabhängige kommunistische Kraft für das Europa-Parlament anzutreten; eine recht knappe Mehrheit aber sei der Auffassung gefolgt, dem Münchener Siemens-Betriebsrat und DKP-Mitglied Leo Mayer im Interesse einer "Bündelung linker Stimmen" die Bewerbung als Einzelperson zu gestatten und auf Profilierung der eigenen Partei zu verzichten. "Auf einer Liste mit Brie?", fragte mein Gast erstaunt zurück.

Jetzt, nachdem sich in Suhl Personen und Inhalte sortiert haben, ist die Sache noch überschaubarer geworden. Eine Mehrheit der PDS-Delegierten erlag der demagogischen Forderung ihrer Parteizentrale, eine "ausgewogene Mannschaft" mit dem bei 78,5 Prozent der Stimmen auf Platz 4 abgedrängten "Parteilinken" Hans Modrow und dem als Vordenker (er denkt schon heute im Geist der SPD, seiner künftigen Partei!) angepriesenen PDS-Rechten André Brie (Rang 2/56 Prozent) zusammenzustellen. Gelangt die PDS in das Europa-Parlament, dann gilt Spitzenkandidat Brie schon jetzt als gewählt und

kann fortan seine hehren Sprüche in Strasbourg klopfen. Mit der Nominierung dieses arroganten Zynikers, der seine eigenen Genossen menschlich verhöhnt und politisch diskreditiert, ist die PDS-Liste für meinen anfangs erwähnten Freund - und auch für andere - nicht mehr wählbar.

Was aber wurde aus dem DKP-Sekretariatsmitglied und Einzelbewerber Leo Mayer, wie schnitt er in der Huld der PDS-Delegierten ab? Hat er sich auch auf einem vorderen und damit aussichtsreichen Listenplatz wiedergefunden? Ist er trotz des von der Parteitagsregie erneut ins Spiel gebrachten Schweriner Ausgrenzungsbeschlusses gegen die DKP gewählt worden? Bei dem Suhler Gerangel schließlich gestattete man nach "anwaltlicher Auskunft" (Gysi?) dem Siemens-Ingenieur die Kandidatur und erklärte damit die Schweriner Entscheidung in diesem Falle für de facto aufgehoben - fiel Leo Mayer durch das magische Sieb der ersten Sechs, die bei einem anvisierten Stimmenanteil von sechs Prozent in das Europa-Parlament einzögen. Er kam nur auf den zwölften Rang, der erst bei einem nicht einmal von Phantasten für möglich gehaltenen PDS-Gewinn von 12 Prozent (!) einlösbar wäre.

Schon bei der Begegnung des DKP-Vorsitzenden Heinz Stehr mit dem stellvertretenden PDS-Bundestags-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Gehrcke (Ex-DKP) war die Chancenlosigkeit der Bewerbung Leo Mayers angesprochen geworden. Gehrcke, der - obwohl eigentlich außenpolitischer Sprecher der Fraktion - jetzt aparterweise für Kontakte der PDS-Abgeordneten mit der DKP verantwortlich zeichnet, hatte in dem Gespräch keinen Zweifel daran gelassen, daß der DKP-Politiker "bei dem herrschenden Andrang" nicht für einen vorderen Platz infrage komme.

Angesichts der Listenführung durch den Antikommunisten Brie stellen sich immer mehr Genossinnen und Genossen aus DKP und PDS, aber auch viele Linke, die sich bereits vom Wahlgeschehen verdrossen abgewandt haben, die Frage, ob die DKP gut damit beraten war, die eigene Fahne einzurollen und auf das Flaggezeigen zu verzichten.

Klaus Steiniger



Bedenkliches	S. 2
* Zum Interview des PDS-Politikers André Brie im	ND
Der Käse-Rezensent	S. 3
Suhler Nachlese	S. 3
Wandel durch Annäherung	S. 4
* Zum Verhältnis von SPD und	
Tolerieren - Koalieren -	
Verlieren?	S. 5
DKP ideologisch stärken	S. 6
Der Haß der Bosse	S. 6
* Zum Sturz Oskar Lafontaines	3
Fairer Prozeß für Öcalan?	S. 7
Ein gemartertes Volk	S. 8
Ein gutes Gefühl	S. 9
* DKP-Brigade in Kuba	
Ein unvergeßliches Meeting	S. 10
Das Vaterland	S. 10
Aktuelle Lehren	S. 11
Reporterskizzen (11)	S. 12
* Die Buche des Generals	
Vermächtnis eines	
Revolutionärs	S. 13
* Zum 510. Geburtstag Th. Mü	ntzers
Herr Jordan läßt die Katze	G 11
aus dem Sack * Gesinnungsjustiz	S. 14
Über Vorder- und	
Hintergründiges	S. 15
Die Bourgeois und	5.15
ihre Ideologen	S. 16
Wege und Irrwege	S. 17
Am Rande bemerkt	S. 18
Leserbriefe	S. 19
Über unsinnige Debatten	S. 22
Wir über uns	S. 23
Anzeigen & Anderes	S. 24
	U. #7

Seite 2 RorFucus/März 1999

Meinung eines PDS-Genossen aus Berlin-Marzahn

Einem toten Leu zaust auch ein Hase das Fell

Am 13./14.Februar 1999 hat André Brie dem ND ein ganzseitiges Interview gegeben. Der erste Eindruck: Na endlich wird den Guten in der PDS, die eine wirklich moderne Sozialistische Partei wollen, ein brauchbarer Vordenker serviert.

Der zweite Eindruck: Genosse Brie, der sich unter der Obhut der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED bis zum Leiter eines Lehrstuhls hochgedient und dabei gewiß nicht mit Kritik an undemokratischen Verhältnissen in der Partei hervorgetan hat, weiß auch ietzt besser als viele treue und politisch für die PDS tätige Genossen, was so alles schlecht an und in der Partei ist. Und vor allem, wer alles nicht in diese gehört, weil er oder sie ihrer Modernisierung zu einer Sozialistischen Partei nach Bries Vorstellungen im Wege stehen. Aber nun zu einigen Ungereimtheiten. "Die personelle und streitkulturelle Kontinuität dessen, was SED war, ist in der PDS noch groß", heißt es bei Brie. Abgesehen davon, daß man bei dieser Assage viel hinein- und herauslesen kann - ganz nach Belieben -, steht sie im Widerspruch zum Nachweis der Inhomogenität der Mitgliedschaft der SED, den Brie in seinem Buch, Ich tauche nicht ab" (1996) erbringt. Eine solche Kontinuität von der SED zur Führungsspitze der PDS kann ich nicht erkennen, es sei denn. Brie möchte kein ehemaliges SED-Mitglied mehr in Parteifunktionen sehen. Die Streitkultur in der SED war ganz sicher auf und in den verschiedenen Ebenen und Strukturen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Eine kritische Auseinandersetzung mit den offiziellen Darstellungen in den Parteipublikationen und der gesellschaftlichen Realität wurde für die Genossen der unteren Ebenen sehr stark von den "richtungweisenden Äußerungen" der Vertreter der SED-Intelligenz behindert, die gewisse Lehrstühle innehatten. Trotzdem herrschte in vielen Parteigruppen eine gesundere Streitkultur als in den gesellschaftswissenschaftlichen Instituten, im ZK und im Politbüro. Mir ist wohlbekannt, daß inoffiziell oft ganz kritische Meinungen geäußert wurden. Aber diese wurden oft von Funktionsträgern unterdrückt. Ich selbst wurde als Mitarbeiter eines Ökonomie-Instituts wohlmeinend mehrmals ermahnt. meine Meinung, die ja richtig sei, nicht unbedacht in jeder Umgebung zu äußern. Voll und ganz zustimmen möchte ich Bries Forderung nach dem "... wirkungsvolle(n) Eingreifen einer sozialistischen Partei in die heutige Gesellschaft." Erstaunt bin ich, daß er meint, die vielen Genossen Ab- und Beigeordneten, die vielen Aktiven in den

kleinen Ehrenämtern zum Eingreifen erst auffordern zu müssen. Den Satz, der dem gerade zitierten folgt: "Ich bin überzeugt, daß unsere entschiedene Kritik der DDR dafür unverzichtbar ist", habe ich allerdings nicht verstanden. Dabei muß ich Brie zugute halten, daß er nach neun Jahren BRD schon das Positive der sozialen Verhältnisse in der DDR bemerkt hat. Allerdings habe ich die materialistische Dialektik so verstanden, daß wir, um in die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse wirkungsvoll eingreifen zu können, diese gründlich und sehr kritisch analysieren müssen. Das heißt für mich, daß unsere entschiedene Kritik der BRD, und nicht der DDR für unser Eingreifen in die Gesellschaft unverzichtbar ist.

Es ist schon erstaunlich und erschreckend, wenn herausgehobene Personen einer sozialistischen Partei bei jeder sich bietenden Gelegenheit betonen, wie entschieden der einzige Staat auf deutschem Boden, der eine Alternative zur Gesellschaft der Maximalprofite versucht hat, kritisiert werden muß. Andererseits haben sie an der Demokratie und dem Rechtssystem in einem der höchstentwickelten kapitalistischen Staaten, in dem die eigentliche Macht für jeden politisch aufgeklärten Bürger ganz offensichtlich von nichtdemokratisch gewählten Spitzenleuten des Finanzkapitals ausgeübt wird, nichts auszusetzen. So komme ich zu der Vermutung, daß Brie mit dem Eingreifen in die BRD-Gesellschaft eine Verbesserung des Kapitalismus erreichen will. Ist das eine sozialistische Zielstellung? Und immer wieder empöre ich mich über das Verunglimpfen der DDR als Unrechtsstaat durch PDS-Funktionäre wie Brie, diese Andienung an die politischen Sieger, die daraus die Rechtmäßigkeit zur Verurteilung von DDR-Staatsfunktionären ableiten. Zu dieser permanenten Forderung nach entschiedener Kritik der DDR möchte ich dem Zitatensammler Brie noch einen passenden Spruch anvertrauen: "Einem toten Leu zaust auch ein Hase das Fell."

Einige Äußerungen werfen mehr Fragen auf, als sie beantworten. So habe ich die Beziehung zwischen der Frage nach dem Verbleib der "Post-Stalinisten" in der PDS und der Antwort zu "jenen, die zu ihrer alten Weltanschauung stehen", so verstanden, daß alle, die nach wie vor an Alternativen zur gegenwärtig die Welt beherrschenden Gesellschaftsordnung glauben und diese vielleicht sogar mit Sozialismus bezeichnen, Stalinisten sind. Zugute will ich Brie halten, daß er im Interview die Stalinismus-Keule nur versteckt geschwungen hat.

Aber dieses Gespenst des Stalinismus in der PDS scheint doch immer für eine Polemik gegen Andersdenkende und in der BRD nur zwangsweise Angekommene gut geeignet zu sein. Ich denke dabei an die jüngste Zurechtweisung des Genossen Benjamin wegen seiner Meinungsäußerung zur Mauer.

Natürlich wüßte ich zu gern, wer nach Brie zu den Stalinisten zu zählen ist. Sind es solche, die einen Sozialismus als Kommandostaat wollen oder jene, die alle Unbequemen erschießen würden oder einfach Genossen, die die DDR nicht pauschal als Unrechtsstaat verunglimpfen oder die beispielsweise die Mauer noch immer nicht als Verbrechen ansehen können?

Spät nutzt Brie das Interview zur Abschwächung seines Ausspruchs über die Totalität des Nationalsozialismus und des DDR-Sozialismus, aber immerhin! Doch selbst der Interview-Fassung kann ich nicht zustimmen. Ich habe den Faschismus sehr totalitär in Erinnerung. Andersdenkende wurden natürlich nicht, wie von der DDR, ausgewiesen. Mit der Frage - Was war totalitärer? - kann man natürlich gut suggerieren, daß auch die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei. Richtig ist, daß wir in der DDR viele Demokratie-Defizite hatten. Damit müssen wir uns wirklich kritisch auseinandersetzen. Aber der Maßstab kann weder der Faschismus noch die BRD sein. Sollten wir mit einer sozialistischen Demokratie nicht mehr Demokratie, als in der BRD verwirklicht ist, anstreben, dann brauchen wir keine Alternative zur jetzigen Gesellschaftsordnung. Dann bleibt nur der Weg, den Brie sieht: zurück zu Kautsky, vorwärts zur kontinuierlichen Verbesserung des bürgerlichen Staates bei Sicherung des Maximalprofits und abgemessener Abfindung derer, die den Reichtum der Gesellschaft erarbeiten.

Da möchte ich doch lieber, daß die PDS bei Rosa und Karl, bei Marx und Lenin bleibt und deren Gedanken schöpferisch für unsere Gegenwart und Zukunft nutzt.

Dr. Dieter Schultz

RotFuchs

Internet & eMail Adresse

e-mail

DKP-BerlinNO@t-online.de

internet:

http://home.t-online.de/home/DKP-BerlinNO/rotfuchs.htm

Wie ein "Vordenker" zum Vorreiter wird

Der Käse-Rezensent

Denken ist eine schwierige Sache. Das weiß der Volksmund, wenn es da verzichtend heißt: "Das Denken überlassen wir den Pferden, die haben größere Köpfe". Das wußte Kurt Tucholsky, als er, ebenfalls resignierend, formulierte: "Die eine Hälfte der Menschheit will nicht denken, die andere Hälfte kann nicht denken". (Womit sich Tucho übrigens als Chauvi zeigte - aber das nur nebenbei.) Im Goethe-Jahr fällt einem im Zusammenhang mit "Denken" natürlich das "Volk der Dichter und Denker" ein - daß daraus zeitweise ein "Volk der Richter und Henker" wurde, auch das nur nebenbei. Man sieht jedenfalls an diesen Äußerungen, daß das mit dem Denken eine höchst zwiespältige und manchmal sogar gefährliche Sache ist.

Besonders deutlich wird das an den sogenannten Vordenkern. Zu einem solchen gerät man paradoxerweise erst, wenn man viel nach-gedacht hat. Solches getan hat nach Ansicht mancher seiner Genossen, vor allem aber der bürgerlichen Journaille, André Brie. weshalb er auch zum "Vordenker" der PDS avancierte. Frucht seiner denkerischen Bemühungen ist u.a. die Forderung, seine Partei müsse "endlich in der Bundesrepublik ankommen". Getreu dem kategorischen Imperativ Erich Kästners, den zu zitieren im Moment ja fast so aktuell ist wie die Erwähnung Goethes - "Es gibt nichts Gutes, außer man tut es" - schritt Denker Brie zur Tat, um wenigstens sein eigenes Angekommensein in der BRD vorbildhaft und öffentlich unter Beweis zu stellen.

Wo konkret? Natürlich an einem seiner vordenkerischen Fähigkeit entsprechenden Ort, nämlich in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" des deutschen Kapitals. Da hat man ihm den Honorarteppich ausgerollt zwar noch nicht für ein eigenes Produkt seines Vordenkens, aber immerhin schon für eine recht füllige Buchrezension. Als ausgewiesener "Stalinismus"-Fachmann durfte er sich in der Ausgabe der FAZ vom 18. Februar 1999 dreispaltig über das Buch eines gewissen Gerd Koenen "Utopie der Säuberung -Was war der Kommunismus?" verbreiten. "Experten unter sich", möchte man da meinen, ist doch auch Herr Koenen ein "Ehemaliger", allerdings aus dem Westen. Wenn ich mich recht erinnere, mehr einer von denen, die ihre linksradikalen Jugendsünden mit Antikommunismus pur abarbeiten, so einer vom Schlage der "Schwarzbuch"-oder "Rotbuch"-Autoren.

Um nach seinem entlarvenden Interview in der "Frankfurter Rundschau" mit der bemerkenswerten Äußerung, die DDR sei zwar nicht verbrecherischer, wohl aber totalitärer als das Nazi-Regime gewesen, sich auch bei linken Lesern einen Rest von Glaubwürdigkeit zu bewahren, ringt sich Brie denn doch zu

Einsichten wie dieser durch: "Die DDR und die nachstalinsche Sowjetunion waren frei von Massenmord und für sie verbietet sich die Gleichsetzung mit dem deutschen Nationalsozialismus bereits unter diesem Gesichtspunkt. Berücksichtigt man die erwähnten und auch bereits von Koenen diskutierten Unterschiede, so wird man aber auch trotz des ungeheuren Ausmaßes von Massenterror in der Sowjetunionbis 1953 nicht ander Singularität des Holocaust rütteln können (und Koenens These zurückweisen, die Stalinsche Führung habe 'an der Seite Hitlers den Zweiten Weltkrieg' entfesselt)."

Die Auseinandersetzung mit anderen Passagen der Rezension Bries lohnt sich nicht. Hier muß es genügen, auf seine Schlußbemerkung hinzuweisen. Nachdem er festgestellt hat, auf immerhin 450 Seiten habe Koenen nichts eigentlich Neues mitgeteilt, bekennt Brie: "Aber ich, der ich schon des öfteren glaubte, alles über Erscheinungen und Wesen dieser Verbrechen zu wissen, mußte feststellen, daß ich immer noch nicht zu ihrem ganzen Ausmaß und vor allem nicht zu ihren gesellschaftlichen und theoretischen Tiefen vorgedrungen bin".

Hört, hört, es gibt in diesem Zusammenhang noch viel zu denken für den Vordenker Brie und vor allem, reuig Abbitte zu leisten! Und er beschließt sein Elaborat mit dem sein wissenschaftliches Niveau charakterisierenden Satz: "Zweitens ist dem Autor zu konzedieren, seine Einschätzungen auf eine zuverlässige empirische Grundlage gestellt zu haben. wenngleich der Verzicht auf die jeweiligen konkreten Quellen kaum zu rechtfertigen ist." Diese Feststellung von Brie sagt schon genug über den Wert des Pamphlets von Koenen der offenbar nur Behauptungen und Wertungen anderer aneinanderreiht wie zahllose Autoren dieses Genres vor ihm. Und der nächste schreibt dann - multiplizierend - wieder bei Koenen ab! Das erspart unter anderem die Mühe des Denkens - womit wir wieder beim Ausgangspunkt wären.

Listige Leute wie die in der FAZ-Redaktion wissen natürlich ganz genau, daß es der Glaubwürdigkeit eines antikommunistischen Dreck- oder Druckerzeugnisses am ehesten dienlich ist, vor allem bei linken Lesern, wenn es von einem "Ehemaligen" positiv rezensiert wird. So ist André Brievom, Vordenker" beim Ankommen der PDS in der BRD zum "Vorreiter" aufgestiegen. Den delikaten französischen Käse gleichen Namens schätze ich außerordentlich, der unappetitliche Gedankenkäse von Herrn Brie erweckt nur Ekel. Und wem dieses Wortspiel ein wenig zu platt erscheint, dem gebe ich durchaus recht - nur, was soll einem im Zusammenhang mit André Brie schon Originelles einfallen?

Rolf Vellay

Gedanken eines PDS-Genossen zur Nominierung André Bries

Suhler Nachlese

Zeitfrage

Ist die PDS eine neue Partei alten Typus oder doch eine alte Partei neuen Typus?

Kampagne

"André Brie nach Europa!" - Wäre dieser bemerkenswerte viertgrößte Jupitermond gemeint, ich würde den Aufruf sofort unterzeichnen. Schon die knapp 50 Minuten Zeitdifferenz gäben Hoffnung auf ein vorübergehendes Schweigen.

Mitgefühl

Auf Wunsch des Vorsitzenden zieht Europa die Mundwinkel herab. Kein Wunder, bekommt es nun auch noch den führenden Antikommunisten der PDS zugeteilt.

Zukunftsweisend

Der Verzicht auf eine Kampfabstimmung hat die notwendige Auseinandersetzung in die Zukunft verlagert; auch eine Möglichkeit, perspektivisch zu denken.

Unstimmigkeit

Nur dieser langjährige IM bleibt gänzlich ungeschoren von den Entrüstungsstürmern, die - statt ihn lauthals anzuklagen, also normal zu behandeln - ihm wohlwollend ihre Zeitungsspalten zur Verfügung stellen. Wer wäscht wessen Hände?

Basis und Überhau

Die Reste der materiellen Werte der DDR sind in hervorragender Weise und auftragsgemäß von der Teuhand und ihren Nachfolgeeinrichtungen zerschlagen worden. Die Reste der geistigen Werte zu zerschlagen, blieb Aufgabe eines Teils der PDS-Führung: Hartnäckig, mit Elan, sanftem zentralistischen Druck und nicht ohne Witz widmet sie sich der schrittweisen rückstandslosen Eliminierung sozialistischer Ideen. Der aphoristische Sinn von Nachhaltigkeit wird verdeutlicht.

Michael Greßmann

Seite 4 RotFucus/März 1999

Bisky will die "ausgestreckte Hand" der SPD ergreifen

Wandel durch Annäherung?

Normalerweise ermöglicht das Ablegen politischer Scheuklappen einen unverstellten Blick auf die Realitäten. Als jedoch der damalige SPD-Vorsitzende Lafontaine die jegliche Zusammenarbeit der SPD mit der PDS ausschließende "Dresdener Erklärung" von 1994 als hinfällig bezeichnete, da sie "von der Wirklichkeit überholt" sei, löste das einen Schock aus.

Dabei beruht die gängige politische Praxis bereits seit geraumer Zeit auf dieser "Hinfälligkeit": Der einst von Scharping ge-

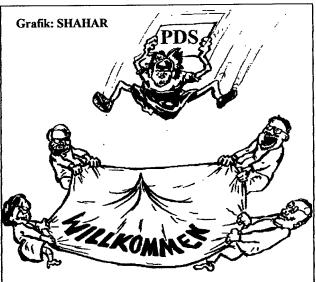
schleuderte Dresdener Bannfluch gegen das "kommunistische (?) Schmuddelkind" veranlaßte die SPD Sachsen-Anhalts ebensowenig, auf Tolerierung ihres Minderheitskabinetts durch die PDS zu verzichten, wie ihre Genossen in Mecklenburg-Vorpommern, die PDS als Koalitionspartner der sozialdemokratisch dominierten Landesregierung zu verschmähen.

Insofern ist der ganze Lärm, der sich im rechten Spektrum von Schröders "Neuer Mitte" erhob und der vom Chor der Stockkonservativen lautverstärkt wurde, ausgesprochen ulkig. Behauptungen, die SPD leite mit dem Verzicht auf eine ohnehin längst überholte Sperrklausel einen "Neuen Kurs" ein oder verschiebe gar die "Grundachse der Republik", gehö-

ren ins Vokabular politischer Komik. Daß Lafontaine signalisierte, mit der PDS als einer "ganz normalen Partei" die Zusammenarbeit nicht a priori auszuschließen, könnte durchaus einen positiven Aspekt haben, der historischer Erfahrung entspringt. Zählt man nämlich, wie Bisky das tut, SPD und PDS gleichermaßen zur "pluralen Linken in Deutschland", verhieße künftiger normaler Umgang zwischen beiden Parteien auch so etwas wie Lernfähigkeit aus der Geschichte: indem er Verzicht bedeutet auf einen "Bruderkampf", der vor mehr als einem halben Jahrhundert dem gemeinsamen Feind zur Macht verhalf, den "streitenden Brüdern" aber größte Opfer abforderte, letztlich in die Schrekken faschistischer Barbarei mündete.

Doch zu solch hochfliegender Hoffnung besteht kaum Anlaß. Nüchtern denkende SPD-Politiker, die in der PDS auch weiterhin eine "gegnerische Partei" sehen, vollzogen keineswegs einen Sinneswandel. Ihnen geht es um einen genau kalkulierten taktischen Schachzug.

Der von den parteirechten Kritikern erhobene Vorwurf, Lafontaine habe der PDS zur "Hoffähigkeit" verhelfen wollen, ist von ergreifender Einfalt. Diese Leute scheinen sich nicht einmal in ihrer jüngeren Parteigeschichte auszukennen. In der finden sich reichlich Beweise auch dafür, daß die SPD nicht mittels Abschottung und Kontaktsperre am wirksamsten zur Beseitigung der DDR beitragen konnte, sondern durch die von ihrem Vordenker Egon Bahr kreierte Politik des "Wandels durch Annäherung", praktiziert auch durch die intensiven Gesprächsrunden SPD/SED, in deren Ergebnis u.a. 1987 das für die SED brisante und verhängnisvolle gemeinsame



"Ideologiepapier" zustande kam. Immerhin war seinerzeit von Berührungsängsten mit der Führung der kommunistischen SED in den Chefetagen der bundesdeutschen SPD nichts zu entdecken. Was also sollte nun verbieten, mit einer inzwischen zur eher linkssozialdemokratischen Partei mutierten – jedenfalls nicht mehr als kommunistisch zu bezeichnenden – PDS ins politische Geschäft zu kommen?

Den Pragmatikern in der SPD geht es um nichts anderes als eben um ein solches Geschäft. Das zielt auf zweierlei Gewinn:

1. Indem sie der PDS attestieren, als politischer Partner geeignet zu sein, haben sie das Kräfteverhältnis im Bundesrat im Auge. Das ist für die SPD dringend korrekturbedürftig geworden - im Ergebnis der Hessen-Wahl ging ihr die Mehrheit sozialdemokratisch regierter Länder verloren. Damit hat die schwarz-gelbe Opposition die Möglichkeit, alle Gesetzesvorhaben der rotgrünen Regierungskoalition, die der Zustimmung durch den Bundesrat bedürfen, zu blockieren. Das birgt für das Schröder-Kabinett die akute Gefahr politischer Lähmung. Abhilfe könnten da nur anstehende Landtagswahlen bringen, vor allem die in Thüringen, aber auch in Brandenburg, Sachsen und Berlin gibt es Chancen. Die wahrnehmen zu können setzt aber voraus, daß die PDS so oder so mit zur SPD ins Boot steigen darf - und das auch tut; absolute SPD-Mehrheiten sind bei keiner dieser Wahlen zu erwarten. Die PDS ist als Mehrheitsbeschafferin unentbehrlich. Blockade gegenüber der PDS hieße für die SPD Selbstblockade in der Länderkammer. Das aber könnte Bundeskanzler Schröder am allerwenigsten gebrauchen. Als er dennoch ein kraftvolles "Mit mir nicht!" vernehmen ließ, war das nur eine neuerliche

Probe seines Talents als politischer Showmaster - und erreichte, woraufes ihm wohl ankam: den murrenden rechten Flügel seiner Partei zu beruhigen. Prompt wurde von dort Frohlocken vernehmbar. Der Kanzler lehne jegliche Zusammenarbeit mit der PDS auf Bundesebene ab. Gerade das sagte der gewiefte Regierungschef jedoch nicht. Er beschränkte sein Keuschheitsgelübde in Sachen PDS auf die Kooperation im Bundestag. Auf diese genaue Dosierung aber kommt es an - sie schließt eine Zusammenarbeit im Bundesrat, mit der allein der SPD der Sprung über Gesetzgebungshürden gelingen kann, nicht aus. Nur Scharping, der hölzern-bornierte Vater der "Dresdener Erklärung",

forderte auch hier die selbstzerstörerische Abgrenzung ein.

Im übrigen hat der Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns - als eine Art Chef des Versuchslabors für das Zusammenspiel SPD-PDS auf Länderebene - ein solches auch auf Bundesebene für die Zukunft nicht ausgeschlossen. Sein auf Erfahrung beruhendes Urteil: Mit der PDS sei ein "Höchstmaß sozialdemokratischer (!) Politik" zu machen.

Womit wir bei einer weiteren Absicht wären, die der Vorstoß in Sachen PDS verfolgt. Der setzt nämlich

2. zugleich auf das "Entzauberungskonzept": indem die PDS in staatliche Mitverantwortung eingebunden wird, könne man ihrer Attraktivität als Sammelbecken der Unzufriedenen beikommen, ihre Forderungen als unrealistisch entlarven und so deutlich machen, daß die PDS-Leute "auch nur mit Wasser kochen". Was nichts anderes heißt als: zwar bezieht die PDS in der Frage "soziale Gerechtigkeit SPD-nahe Positionen" (Bundesgeschäftsführer Schreiner), doch beim Durchsetzen bleibt auch sie an der Grenze der Finanzierbarkeit hängen. Kurzum, eine "bessere Sozialdemokratie" ist sie mitnichten. Der erwartungsvolle Bürger wird vom alten Original

so gut bedient, wie das im Kapitalismus eben real möglich ist. Umkehrschluß: Wozu dann noch die "Linkssozialisten"?

In der Praxis erweist sich dieses Denkschema schon als funktionstüchtig. Siehe Mecklenburg-Vorpommern: Da bescheinigte jüngst der DGB-Landeschef dem PDS-Arbeitsminister, "in der Mausefalle" zu sitzen: Aus der sozialen Initiative seiner Partei, die in ihrem Wahlprogramm 5.000 neue Jobs im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) zu schaffen verhieß, wurden im Koalitionspapier mit der SPD dann nur noch 3.000 - und ob selbst dieses mehr symbolische Ergebnis zustande kommt, ist inzwischen fraglich. Den dazu erforderlichen Finanzzuschuß aus Bonn wird es wohl nicht geben. Jedenfalls zeigte Bundesarbeitsminister Riester (SPD) seinem Schweriner PDS-Amtskollegen die kalte Schulter. Auch aus dem PDS-geleiteten Sozialministerium kommt keineswegs soziale Kunde: So schlagen dessen Mittelkürzungen für Beratungsstellen höchst negativ für das Ansehen der PDS zu Buche. Auf diese Weise werden die Demokratischen Sozialisten vor allem eines: mitverantwortlich für die Gebrechen des Systems. Dabei soll es allein beim "Einbinden" der PDS in "Sachzwänge" nach dem Willen der SPD-Spitze nicht bleiben. Man mahnt neuerlich "ehrliche Aufarbeitung der Vergangenheit" an, worunter weiteres Mitwirken an der Delegitimierung der DDR zu verstehen und auf beflissenes Entgegenkommen der "Reformer" im PDS-Vorstand zu rechnen ist. Daß bei künftiger Partnerschaft von den Demokratischen Sozialisten auch Abrücken von noch nicht SPD-kompatiblen Auffassungen in der Innen-, Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik eingefordert würde, darf vorausgesetzt werden.

Nur: Wird sich die PDS, wenn sie - wie von Bisky verkündet - die "ausgestreckte sozialdemokratische Hand" ergreift, so "über den Tisch ziehen" lassen? Oder nutzt sie das ihr als Mehrheitsbeschafferin nun zukommende Gewicht, um stärker eigenständige Positionen zur Geltung zu bringen, die ihrem Parteinamen gemäß wären? In dem kommt bekanntlich "Sozialismus" vor.

Daß über Kooperation mit der SPD "um jeden Preis" an der PDS-Basis nicht eitel Sonnenschein herrscht, war selbst dem ND zu entnehmen, wo es z.B. hieß: "Die 'Kungelei' wird an der PDS-Basis zum Teil mit Unverständnis begleitet, mitunter als Verrat empfunden." Und: "Demokratischer Sozialismus - das darf bei der PDS-Basis ... nicht zur Floskel degenerieren wie im SPD-Programm."

Im Selbstlauf gibt's solche Garantie nicht. Dafür müßte die Basis schon selber sorgen. Der Verlauf der Programmdiskussion in der PDS wird in dieser Hinsicht aufschlußreich sein.

Wolfgang Clausner

Wie das Kapital die Linken einbinden möchte

Tolerieren - Koalieren - Verlieren?

"In der bürgerlichen Gesellschaft ist der Sozialdemokratie dem Wesen nach die Rolle einer oppositionellen Partei vorgezeichnet. Als regierende darf sie nur auf den Trümmern des bürgerlichen Staates auftreten", stellte Rosa Luxemburg 1899 fest (Werke Bd. 1, S. 486, Dietz 1987). Nach diesem Satz vergingen noch zwei Jahrzehnte, bis die deutschen Marxisten in der SPD die KPD gründen mußten. Die Sozialdemokraten regierten derweil, zwar nicht erfolgreich, aber folgenreich – und das auf den Trümmern der (von ihr) niedergeschlagenen proletarischen Revolution.

Zweifellos entstammt die PDS der sozialdemokratischen wie der kommunistischen Tradition, ist sie doch aus der SED hervorgegangen. Zweifelhaft verhält sie sich aber gegenüber ihrem Erbe. Auf der einen Seite widersetzt sich eine Kommunistische Plattform tapfer den reformistischen Kräften. auf der anderen Seite "kämpfen" diese für "Veränderungen zum Wohle des Volkes". Und diese könne man, meinen sie, am besten in oder neben der Regierung durchsetzen. Nicht die KPF, sondern die Koalierer und Tolerierer halten die Kommandohöhen in der Partei besetzt. Sahra Wagenknecht warnte auf dem 6. Pateitag, "darauf zu achten, daß, wenn sich schon SPD und Grüne verschleißen, die linke Alternative PDS auf keinen Fall mitverschlissen wird". Doch die Realität mit ihren "Sachzwängen" ist unbestechlich.

Eine wie auch immer geartete Beteiligung "linkssozialistischer" Parteien an bürgerlichen Regierungen zeigt nicht deren kluges Maß für Strategie und Taktik, sondern in der Regel die renegatische Preisgabe des Klassenkampfes - in dem sich dieser pervertiert und gegen jene richtet, welche die Beteiligungspartei gerade zu vertreten vorgibt. Denn auch in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt - von künftigen Schauplätzen einmal abgesehen - ist die Regierung Staatsgewalt und der Staat dient bekanntlich als Machtinstrument der jeweils herrschenden Klasse. Die aber ist uns bekannt.

Die PDS steht also in gewisser Weise mit im Klassenkampf, hat dabei aber - ob sie das will oder nicht - die Seiten gewechselt. Italien und Frankreich lassen auf Nationalstaatsebene - betrachtet man die dortigen Regierungskommunisten - ebenfalls keinen anderen Schluß zu. Man vergleiche zu diesem Thema Lenins "Briefe aus der Ferne" vom März 1917. Ihr Tenor: Keinerlei Unterstützung der bürgerlichen Provisorischen Regierung! Natürlich sind die Bedingungen von Land zu Land und in verschiedenen Etappen jeweils konkret zu bewerten. Doch das Grundprinzip gilt.

Welche Zukunft hat demnach die PDS als "linke Alternative"? Und was bedeutet das für die DKP?

"Eine sozialistische Bewegung, die den Boden des Klassenkampfes verläßt und die Versöhnung mit dem Imperialismus sucht, betrügt sich selbst und ihre Anhänger und hat keine Zukunft", stellte Kurt Gossweiler in seinem Buch "Wider den Revisionismus" (S.340) fest.

Der PDS droht die Gefahr des Abstiegs gerade durch ihren Aufstieg.

Die Sache ist ganz einfach: Wie schafft man es (aus bürgerlicher Sicht), 20 Prozent "Ewiggestrige" in das System zu integrieren, so daß auch sie endlich dort "ankommen", wo man sie hinhaben will? Man läßt zuerst ihre vermeintlichen politischen Interessenvertreter "teilhaben", bindet sie in die Regierung ein, wobei man ihnen die Rolle von Edelstatisten zuweist. Dann - so denkt man - werden sich die getreuen Anhänger damit abfinden - oder sie resignieren einfach, was den bürgerlichen Strategen auch recht sein kann, denn sie erreichen damit ihr Ziel: Die Neutralisierung von Protestpotential.

Doch da bleibt noch eine "Restmenge". Trotz alledem! Und das sind wir Kommunisten. eine Partei von spezifischem Gewicht, unabhängig von ihrer numerischen Größe. Wir lassen uns nicht in das System integrieren. Die DKP unterscheidet sich qualitativ von der PDS. Sie geht von Klassenpositionen aus. Sie arbeitet auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Weltanschauung, des Marxismus-Leninismus. Sie setzt auf die Priorität des außerparlamentarischen Kampfes (obgleich der parlamentarische bei ihr unfreiwilligerweise zu kurz kommt). Sie fixiert die klassenlose Gesellschaft als ihr Ziel. Und sie weiß um das Gewicht der Normen, die für eine revolutionäre Partei unerläßlich sind. Darin bestehen unsere Stärken, unsere Überlegenheit, die wir als zahlenmäßig noch schwache Partei unbedingt nutzen sollten. Denn der sich auf weiten Politikfeldern herausbildende faktische Konsens zwischen der SPD, den Grünen und der PDS-Führungsschicht wird schon bald gegen den kapitalistischen Baum gehen, was den derzeitigen Koalitionsparteien nur leichte Brüschen und allenfalls - wie der Fall Lafontains zeigt - die Auswechselbank des bürgerlichen Politikspiels einbringt, der PDS aber politisch den Hals brechen könnte. (Vor allem im Osten und damit eigentlich überall.) Vielleicht stehen dann die Rechtskonservativen - das rechte Original - wieder auf der Tagesordnung. Diese Gefahr ist real!

Aber auch eine Chance liegt vor uns: Die Etablierung der DKP als ernstzunehmender politischer Faktor, als wirkliche Alternative. Hagen Bonn

Eine Meinung aus Sachsen-Anhalt

Die DKP ideologisch und organisatorisch stärken

Die ideologische, politische und organisatorische Stärkung der DKP war das zen-

trale Anliegen der 5. Landesmitgliederversammlung der DKP in Sachsen-Anhalt, die am 30. Januar 1999 stattfand. Im Referat des Vorsitzenden der Koordinie-rungsrates, das von allen Anwesenden gebilligt und den Bezirksvorständen sowie anderen Gliederungen der DKP im Osten zugänglich gemacht wurde, ging es um Wege und Methoden zur Erhöhung des Einflusses der Partei. Zugleich blieben die Umsetzung von Erkenntnissen hemmende Faktoren nicht ausgespart.

In der Absicht, die Diskussion über die Festigung und Entwicklung der DKP in der ganzen Partei anzuregen, wende ich mich auch an die Leser des "RotFuchs", der in Sachsen-Anhalt großen Anklang findet. Um unsere Auffassungen zumindest anzudeuten, sollen einige Grundgedanken des Referats hier genannt werden.

Die Notwendigkeit der Stärkung der DKP, deren politische Wirksamkeit gegenwärtig noch gering ist, ergibt sich aus dem objektiven Erfordernis der Existenz einer einflußreichen kommunistischen Partei in Deutschland, die zur grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse beizutragen vermag. Die DKP ist bei all ihren Schwächenund Problemen die derzeit stärkste kommunistische Gruppierung in Deutschland. Sie zu einer politischen Kraft zu entwickeln, die ihre Aufgabe erfüllen kann, ist unser Ziel. Dieser Orientierung steht aus unserer Sicht jedoch eine Reihe von Faktoren entgegen:

- Die Verbreitung des Opportunismus und Revisionismus in der Arbeiterbewegung, die sich nach der Niederlage des Sozialismus noch verstärkt hat;
- Die materielle Korrumpierung eines großen Teils der arbeitenden Bevölkerung durch das Kapital auf Kosten der 3. Welt, die nach der Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus auch auf den Osten übergegriffen hat;
- Die lähmenden Auswirkungen des Sieges der Konterrevolution und die damit verbundene Verunglimpfung der Kommunisten und ihrer Sache;
- Die in der Partei vorhandenen prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten in politischideologischen Grundfragen und das Fehlen einer den gegenwärtigen Bedingungen entsprechenden umfassenden Strategie der DKP Den zuletzt genannten Faktor betrachten wir als das zentrale Problem. Voraussetzung für dessen Lösung ist das klare Benennen in der Partei bestehender Meinungsverschiedenheiten. Wir sehen folgende Differenzen:
- 1. Die unterschiedliche Bewertung von 40 Jahren Sozialismus in der DDR, eine Unterschätzung der bei dessen Aufbau gesammelten Erfahrungen und eine gewisse Distanz zur SED und deren früheren Mitglie-

dern durch die Mehrheit des Parteivorstandes und einen Teil der Mitgliedschaft.

- 2. Die voneinander abweichenden Vorstellungen über den Weg zum Sozialismus und dessen anfängliche Gestaltung. Das betrifft die Programmatik der DKP und konkret die von ihr entwickelte Strategie der antimonopolistischen Demokratie.
- 3. Unterschiedliche Auffassungen zu inhaltlichen Fragen der Bündnispolitik. Ohne Zweifel ist die Formierung von bzw. Beteiligung an Bündnissen für die Umsetzung unserer Politik von wesentlicher Bedeutung. U.E. gehen wir jedoch zu stark von unserer Integration in vermeintlich oder tatsächlich bestehende Bündnisse aus, wobei wir die eigene Kontur dabei abschwächen und die Rolle von Bündnispartnern überbetonen. So überziehen wir das Bestreben nach einem Bündnis mit der PDS, die ihrerseits eine Koalition mit der SPD sucht und sich am Zusammengehen mit der DKP nicht sonderlich interessiert zeigt. Zugleich vernachlässigen wir unsere Bemühungen um Kooperation mit anderen marxistisch und kommunistisch orientierten Kräften.
- 4. Die auseinandergehende Beurteilung der aktuellen politischen Situation und der sich daraus ergebenden Aufgaben für die Partei. U.E. werden die Ergebnisse der Bundestagswahl und die damit verbundenen "Chancen" von der Parteiführung zu positiv bewertet, der neuen Bundesregierung Absichten und mögliche Handlungen unterstellt, die nicht zu erwarten sind, prinzipielle Aussagen ungenügend begründet und unrealistische Forderungen erhoben. Esist z.B. wenig überzeugend, wenn wiederholt von "neuer Politik", "alternativer Politik" und gar von einer "neuen Politiketappe" gesprochen wird, ohne etwas zu den Gründen, zum Inhalt und zum Wesen dieser Politik zu sagen und ohne zu verdeutlichen, um wessen Politik es sich dabei handelt. Ganz und gar unrealistisch und fragwürdig ist die Forderung nach sofortiger Vergesellschaftung der Banken.

Die Benennung, Erörterung, Klärung und Überwindung solcher und anderer Meinungsverschiedenheiten sowie die Erarbeitung einheitlicher Standpunkte auf der Basis des wissenschaftlichen Sozialismus sind die wichtigsten politisch-ideologischen Aufgaben für die Stärkung der DKP und deren organisatorische Festigung. Die Arbeit am neuen Parteiprogramm dürfte dazu Gelegenheit bieten. Sie stellt die zentrale Herausforderung dar, deren Bewältigung im Sinne des Marxismus-Leninismus über die Zukunft der Partei entscheiden wird. Die Festigung der DKP ist am wirksamsten in ihr selbst möglich. Deshalb muß sie auch aus dem großen und wachsenden Kreis der "RotFuchs"-Freunde neuen Kraftzuwachs gewinnen.

Werner Hellmund,

Vorsitzender des Koordinierungsrates der DKP Sachsen-Anhalt

Zum Sturz Oskar Lafontaines

Der Haß der Bosse

Oskar Lafontaine - vielleicht der letzte Sozial-Demokrat im SPD-dominierten Kabinett des Genossen der Bosse - ist nur pro forma selbst demissioniert. Tatsächlich wurde er vom deutschen Kapital und seinem SPD-Premier zurückgetreten. Das sicherste Indiz für das spontane Glücksgefühl der "deutschen Wirtschaft" Lafontaine nannte sie Tage vor seinem Sturz beim wahren Namen und sprach im Klartext von den Unternehmern - war nicht das Triumphgebrüll von CDU/CSU und FDP, sondern das Brüllen an der Börse: Nur zwei (!) Stunden nach dem politischen Fenstersprung des von den Bossen gehaßten Finanzministers schnellten die Aktienkurse empor, stabilisierte sich der seit Wochen taumelnde Euro. Die Welt der Spekulanten war wieder in Ordnung.

Auch auf Bonns Intrigantenbühne eröffnete der wie ein Gottesgeschenk aufgenommene politische "Freitod" des Saarländers neue Spielräume. Vor aller Welt demonstrierte Nun-Alleinherrscher Schröder - mit Minister Müller vom Energieriesen RWE, Kanzleramtsminister Hombach und anderen verkörpert er den "Wirtschaftsflügel" des Kabinetts -, daß auch die "rot"-grüne Regierung trotz linken Zierrats ein funktionstüchtiges Instrument des Staates der deutschen Monopole ist. Wer da aus der Reihe tanzt und soziale oder ökologische Bocksprünge aufführt, geht früher oder später über den Jordan. Das muß auch Jürgen Trittin wissen, der mit der Ausschaltung Lafontaines seinen Schutzpatron verloren hat.

Die Macht in der BRD gehört nämlich den Herren Hundt, Henkel und Stihl, und weder der SPD noch den Grünen. Wer das nicht versteht, begreift das Einmaleins imperialistischer Herrschaftsmechanismen nicht. So war die kabinettsöffentliche Rüge Schröders, einige seiner "Ressortleiter" trügen den "Interessen der Wirtschaft" ungenügend Rechnung, durchaus kein faut pas. Sie entsprach nur der Logik, nach der die Diktatur des Kapitals funktioniert. Zu den übrigen Sünden Lafontaines kam sein Abrücken von der durch Scharping und die SPD-Rechte getragenen "Dresdener Erklärung" über ein Kontaktverbot mit der PDS. Die damit vollzogene politische Öffnung des SPD-Vorsitzenden war keineswegs nach dem Geschmack des Kanzlers und seiner Hintermänner. Für eine wie auch immer geartete Partei "links von der SPD" - vielleicht eine verwässerte USPD - haben sie keine Verwendung.

Mit Lafontaine, dem wir bei allen bestehenden Differenzen politischen und menschlichen Respekt zollen, ist ein Mann ausgeschaltet worden, der sich noch bestimmten traditionellen Werten der Sozialdemokratie verbunden fühlt und - im Rahmen des Kapitalismus -eine etwas gerechtere Güterverteilung wollte. Mit Schröder - dem Idol der Parteirechten - gelangt nun ein Strohmann der "Wirtschaft" ans Steuer auch der SPD. Ein neuer Rechtsruck steht uns damit ins Haus. Vielleicht

wird sich schon morgen wieder Gelb oder gar Schwarz unter die Regierungsfarben mischen. Ein verratener oder verspielter Wahlsieg? Welcher Naivling hatte denn von der SPD etwas anderes erwartet?

Fairer Prozeß für Öcalan?

Sie alle fordern einen "fairen Prozeß für Öcalan": Die UNO und die EU, sogar ein NATO-Sprecher, dazu Schröder, der sich in der Phrase einer "europäischen Lösung" erging; Joseph Fischer, der - fernseherprobt - seine routinierten Betroffenheitsfalten in die Stirn legte, der Bundestag mit SPD und Grünen (aber ohne CSU) und sogar einige christliche Demokraten "erwarten einen fairen Prozeß". Clintons weiblicher Sheriff, Madelaine Albright, rang sich eine "faire Hoffnung" von den verkniffenen Lippen. Alle setzen, wie sie sagen, nun, nachdem Abdullah Öcalan endlich in einer amerikanisch-israelisch-türkischgriechischen Verschwörung gekidnappt wurde, auf einen "fairen Prozeß" Die CIA, Israels erprobter MOSSAD, der türkische MIT und die erpreßte kenianische Regierung mögen sich nach der in Nairobi beendeten Treibjagd ins Fäustchen lachen, wenn sie aus dem Munde ihrer Auftraggeber etwas von einem "fairen Prozeß"

Öcalan wurden im NATO-Staat Türkei die Augen verklebt, die Hände gefesselt; er wurde auf die Gefängnisinsel Imrali verschleppt, wo er der einzige Gefangene ist: Isolierhaft in höchster Potenz. Man versuchte von Anfang an in allen NATO-Medien, ihn zu entwürdigen, indem man den frisch Gekidnappten ausgewählten Kameraleuten des Geheimdienstes vorführte: Geknebelt, sich mühsam aufrecht haltend zwischen zwei türkischen Fahnen, mit getrübtem Blick, nachdem man das Klebeband entfernt hatte, mit Problemen beim Hören, unverkennbar gefoltert und unter Drogen gesetzt. Hinzu kam die Vorverurteilung durch die Medien - nicht nur die türkischen: Er sei "ein Monster", ein "Babytöter" und "schuld an etwa 30.000 Toten", nun aber "völlig zusammengebrochen" und "bereit, alles zu gestehen". Jüngste Gerüchte aus Ankara verbreiten die Mär von einem "Herzinfarkt" und einer "Drogenentziehungskur". Sie zielen darauf ab, ein etwaiges vorzeitiges "Ableben" glaubhaft erscheinen zu lassen, falls sich Ocalan wie der Kurdenführer Öcalan verhalten sollte.

Einige Verteidiger wurden zur Warnung verhaftet, andere ausgewiesen Zunächst 15, dann 160 in der Türkei lebende Anwälte haben sich bereiterklärt, aber allen wurde die notarielle Bestätigung ihres Mandats verweigert Einige Verteidiger gaben ihre Absicht auf, weil sie sich und ihre Familien bedroht fühlten; einer nannte als Erklärung für seinen Rücktritt "Angst vor der Lynchjustiz" Bis heute erhielt Öcalan keine Anklageschrift, aber der Prozeß, dessen Todesurteil der Staatsanwalt schon jetzt ankundigte, soll bald beginnen Der "faire Prozeß"

Die Türkei ist - wie jeder NATO-Staat - natürlich ein "Rechtsstaat" Und so steht man einander bei (wie US-Militärrichter ihrem Mordpiloten). Schließlich braucht man einander. Die USA brauchen die Türkei als Sprungbrett in den Nahen Osten und ihre Flugplätze für die Terrorangriffe auf den Irak. Der Bundesrepublik, d.h. Daimler-Chrysler, Siemens u.ä. ist die Türkei lieb und wert, weil sie dorthin das nötige Gerät liefern, mit denen Kurden und Iraker massakriert werden. Und allen NATO-Verschwo-



Gefesselt, mißhandelt, gedemütigt: So führt die Türkei Öcalan als ihre "Beute" vor

renen ist eine Türkei willkommen, in der Friedhofsruhe herrscht. Deshalb gibt es für sie "keine Kurdenfrage". Der Massenmord, das Niederbrennen der Dörfer und Städte wird unter den Teppich gekehrt. Und die bisherige Ministerin Ciller darf die Massaker an Zehntausenden mit den Worten kommentieren, man werde "das Kurdenproblem der Endlösung zuführen". "Endlösung"? Das haben wir doch schon mal gehört...

Man fragt sich: Wo bleibt der Protest aus Bonn, der doch sonst so leicht von den Lippen kommt und durch den Äther hallt? Wo das amerikanische Embargo, wo die Drohung von Luftschlägen, mit denen man doch so schnell bei der Hand ist, wenn es sichum Cuba, Irak, Libyen oder Jugoslawien handelt? Wo bleiben Kontaktgruppen und UNO-Aufpasser? Wo die inflationären Appelle für Menschenrechte?

Doch auch hierzulande ist einiges geschehen Israel unterhält in der deutschen Hauptstadt - im vornehmen westberliner Grunewaldviertel- ein Generalkonsulat. Es wird zur Zielscheibe von Protesten, denndie Komplizenschaft seiner "Dienste" bei der Jagd auf Öcalan und bei dessen Entführung konnte nicht geheimgehalten werden. Ist es da ein Wunder, wenn sich kurdische Wut auch gegen israelische Auslandsvertretungen entlädt?

So klettern trotz der Anwesenheit von 30 westberliner Polizisten etwa ebensoviele junge Kurdinnen und Kurden über den Konsulatszaun, "schwer bewaffnet" - mit Stöcken und Zaunlatten. Israelische Sicherheitsagenten schießen sofort - nicht "in die Luft" und auch nicht nur "auf die Beine", sondern scharf und gezielt. Sie tun das keineswegs nur "im Innnern des Konsulats", sondern auch draußen vor der Tür, auf der Treppe, im Vorgarten Im Feuerhagel werfen sich die Kurden zusammen mit den westberliner Bewachern der Vertretung auf den Boden. Vier Kurden trifft es tödlich, zwei sterben durch Kopfschuß; eine 18jährige Frau wird in den Rücken

getroffen; der seinen Verwundungen erst später erlegene Kurde wurde ebenfalls von hinten niedergeschossen. Die Feuerstöße erfolgen nicht aus "nächster Nähe", was den Fall der Notwehr hätte denkbar erscheinen lassen, sondern allesamt aus einiger Entfernung. Der Tatort wird anschließend verändert; Tote trägt man aus dem Garten in den Keller; die Amok laufenden "Sicherheitsbeamten" werden schnurstracks ausgeflogen. Schließlich besitzen sie israelische Diplomatenpässe. Keine Untersuchungskommission, keine Vernehmung, allgemeine Verbreitung der Version aus Tel Aviv: "Notwehr". Auf allen Kanälen und in jedem Printprodukt.

Es habe insgesamt 38 Verletzte gegeben, darunter 14 westberliner Polizisten, hieß es zunächst; bald sind diese Anfangsmeldungen aus der freiheitlich-demokratischen Informationspolitik wieder verschwunden Warum wohl? Schließlich ist Israel ein Rechtsstaat ...

Das griechische Kabinettsmitglied Pangalos (NATO-Außenminister wie Fischer) hatte Öcalan am Telefon in Kenia noch feierlich versichert, es sei "gut, wenn Sie nach Europa kommen". Daraus wurde eine Falle und ein mörderischer Menschenraub des Führers der Kurden.

Verzweifelte, oft harte, auch kopflose Kampfformen kurdischer Patrioten entstehen aus Wut und Ohnmacht und dienen nicht der Steigerung des Widerstandspotentials Aber sie sind für jeden, dem nicht das Gehirn vernebelt ist, menschlich verständlich "Kurdischer Terror"ist nichts anderes als Gegenterror gegen den türkischen Unrechtsstaat, der unterdrückt, foltert und mordet Aus der Türkei geflohene Kurden zeugen mit den Brandwunden von Zigarettenstummeln und Elektroschocks, mit ihren durch Brechen verkrüppelten Fingern, zu welcher Grausamkeit das dortige NATO-Regime fähig ist Statt es mit Solidarisierung und schweigendem Verständnis zu "begleiten", wären Protest und aktiver Widerstand gegen Ankara ein Gebot der Menschlichkeit Rufe nach einem "fairen Prozeß" sind pure Heuchelei

Karl-Eduardvon Schnitzler

Seite 8 ROTFUCHS/März 1999

Den Kurden das "andere Deutschland" zeigen

Ein gemartertes Volk

Kurdische Demonstrationen, Auseinandersetzungen mit der Polizei, Verbote nationaler Befreiungsorganisationen, Jagd auf deren Symbole, Verfolgung und Kriminalisierung des Widerstandes, Abschiebungen in die Türkei ... das alles seit Jahren und nun nach der Entführung Abdullah Öcalans in neuer Zuspitzung: "Kurdenkrieg" in deutschen Städten, "Terrorkurden wüten" hetzen die Medien. Man ist empört, daß der Befreiungskampf eines 20-Millionen-Volkes, von dem etwa 500.000 Menschen in der BRD leben, auch hier einen Widerhall findet. Die politischen Konflikte anderer Länder dürften nicht "bei uns" ausgetragen werden, sagen Schröder und Schilv dazu wie vorher Kohl und Kanther. Sie tun dabei so, als hätte die BRD mit diesem Drama nichts zu tun.

Der deutsche Imperialismus ist seit Jahrzehnten die politische, militärische und wirtschaftliche Hauptstütze des faschistoiden Regimes putschistischer (NATO-)Generäle am Bosporus und der korrupten, mafiosen Politikerkaste in Ankara. Die allseitige Unterstützung der Türkei wurde zur Aufgabe der BRD im Rahmen strategischer Arbeitsteilung des Nordatlantikpakts. Die Kanzler Brandt und Schmidt handelten deshalb nicht anders als Kohl und jetzt Schröder: Erst Ende 1998 lieferte die Hamburger Werft Blohm & Voß eines der modernsten Kriegsschiffe der Welt mit dem Bonner Okay auch Fischers an die türkischen Generäle aus.

Viele der kurdischen Menschen, die bei uns leben, flohen vor Soldaten, die mit Gewehren, Panzern, Raketen und schweren Fahrzeugen aus BRD-Produktion in ihre Dörfer und Städte einbrachen - oder auch mit Beutewaffen der zerschlagenen und geplünderten NVA, die die Hardthöhe den türkischen Militärs nach 1990 zuschanzte.

"Nichts zu tun" mit diesem Konflikt? Das ist eine zynische Lüge! Die kurdischen Demonstrationen hierzulande sind gerechtfertigt und finden am richtigen Ort statt. Sie brauchen unser aller Solidarität.

Das kurdische Volk besaß und besitzt kein Selbstbestimmungsrecht. Nur eine kleine Minderheit konnte nach der Oktoberrevolution durch die Sowjetmacht, getreu der Leninschen Nationalitätenpolitik, dieses Recht erkämpfen und in einer autonomen Region verwirklichen. Der größte Teil Kurdistans wurde von der Türkei kolonialisiert, der Rest nach dem 1. Weltkrieg unter Syrien, Irak und Iran aufgeteilt. In den vergangenen Jahrzehnten schlugen die Kolonialmächte immer wieder Aufstände gegen ihre Herrschaft mit äußerster Grausamkeit nieder. 1978 begann in der Türkei - nach der Gründung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) - ein komplizierter, widerspruchsvoller und opferreicher Kampf, der seit 1984 als Partisanenkrieg geführt wird. Für ein Volk, dessen Sprache verboten ist, dem die Möglichkeit kultureller Entfaltung und legalen politischen Wirkens verweigert wird, dessen Kader von den Todesschwadronen des Militärs entführt und ermordet werden, ist dieser Weg, seine Rechte zu erkämpfen, legitim. Das hat auch die UNO den unterdrückten Völkern ausdrücklich zugebilligt.

Vielleicht kann ein Beispiel aus der jüngeren Geschichte - eine Analogie - die Lage des kurdischen Volkes verdeutlichen: Sie ähnelt jener Algeriens, das die "demokratische" Französische Republik einst zu einer "Provinz", zum "untrennbaren Bestandteil des Vaterlandes" erklärt hatte. Ein Zustand, der mit Folter, Mord, Massenterror, Vernichtungskrieg, der Ausrottung eines Zehntels der Bevölkerung gesichert werden sollte. Ich nenne dieses Beispiel, weil es schwer ist, die Praxis des Genozids der Türkei gegen das kurdische Volk allein mit nackten Zahlen zu beschreiben: Seit 1984 forderte der Krieg mehr als 30.000 Menschenleben. Die türkische Armee folgt in Strategie und Taktik den "Vorbildern" der faschistischen Partisanenbekämpfung in der UdSSR und der USA-Spezialkriegsführung in Vietnam. Sie entvölkerte weite Gebiete Kurdistans, verbrannte und zerbombte 4.000 Dörfer, zündete die Wälder mit Napalm an, um den Kämpfern die Verstecke zu nehmen.

Vom türkischen Menschenrechtsverein IHD wurden 1998 nicht wenigerals 167 Morde an politischen Aktivisten registriert. Die Täter? "Unbekannt". Über 100 Öpfer wurden durch "Sicherheitskräfte" zu Tode gefoltert, 27 Menschen "verschwanden spurlos", fast 40.000 nahm das Regime in Polizeihaft, über 17.000 verloren aus politischen Gründen den Arbeitsplatz, 135 Vereine und Publikationen wurden verboten, die Bewohner aus 30 kurdischen Dörfern vertrieben. Dabei sind diese finsteren Zahlen unvollständig, denn viele Verbrechen der Staatsorgane werden von Betroffenen oder Angehörigen aus Furcht vor Repressalien gar nicht erst gemeldet. Und der IHD selbst arbeitet unter ständiger Bedrohung; im vergangenen Jahr wurde sein Vorsitzender am Arbeitsplatz niedergeschossen. In den kurdischen Gebieten sind die IHD-Büros von der Polizei ebenso dichtgemacht worden wie die der HADEP-Partei-der einzigen noch legalen Vertretung kurdischer Menschen, gegendie z.Z. ein Verbotsprozeß läuft.

In den kurdischen Gebieten herrscht seit langem der Ausnahmezustand. Um die großen Städte Diyarbakir und Batman wie um Istanbul und andere Zentren der Westtürkei haben sich hunderttausende Flüchtlinge unter armseligsten Bedingungen ansiedeln müssen. Aber auch dort sind sie nicht sicher. Deshalb versuchen viele auf oft gefährlichen Wegen aus der Türkei zu entkommen. Nicht zuletzt auch nach Deutschland. Die forcierte Abschiebung von Kurdinnen und

Kurden in die Türkei ist daher eine widerwärtige Menschenrechtsverletzung.

So wenig Armee und Polizei des Regimes menschliche Grundrechte achten, so wenig schert sich die Türkei um das Völkerrecht. Immer wieder greift Ankara mit Panzern, Flugzeugen, Hubschraubern und Bodentruppen die kurdischen Flüchtlingslager im Irak unter dem Vorwand an, Stützpunkte der PKK bekämpfen zu wollen. Sekundiert wird der Aggressor von den bewaffneten Verbänden der Kurdischen Demokratischen Partei des mit der CIA liierten Herrn Barzani, der aus Machtgier die nationalen Interessen verraten hat und Südkurdistanin ein türkisches Protektorat verwandeln hilft. Die USA, deren völkerrechtswidrige und willkürlich errichtete. Flugverbotszone" über dem Gebiet mit dem "Schutz der Kurden" vor Saddam Hussein begründet wird, sehen den türkischen Angriffen gelassen und wohlwollend zu. Aber auch in Südkurdistan leisten die Menschen unter schwierigsten Bedingungen weiter Widerstand und besonders dort ist der Beitrag der Kommunisten Kurdistans und Iraks besonders groß.

Wasserreichtum, Bodenschätze, fruchtbare Erde, die einer kollaborierenden feudalistischen Grundbesitzerklasse gehören, sind Gründe, aus denen die türkischen Kolonialisten ihren schmutzigen Kampfimmer weiter führen. Der imperialistische Drang nach Kontrolle über die strategisch bedeutsame Region führt den Imperialismus der USA und der BRD anihre Seite. Das kurdische Volk hat sich gegen diesen grausamen Krieg in der Nationalen Befreiungsfront ERNK zusammengeschlossen, deren führende Organisation die inder BRD verbotene PKK ist. Durch ihren entschlossenen Kampf hat diese Partei Masseneinfluß erworben.

In den letzten Jahren haben führende Vertreter der kurdischen Befreiungsbewegung nicht nur zu wiederholten Malen einseitig den Waffenstillstand erklärt, sondern auch Vorschläge zu einer politischen Lösung unterbreitet, die den Verzicht auf staatliche Lostrennung und die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts in einer türkischkurdischen Föderation oder im Rahmen einer Autonomieregelung beinhalten. Wenn in der BRD Politik und Medien also weiterhin die "Separatisten" anprangern, dann beweist diese Übernahme der türkischen Sprachregelung nur das Maß der Bruderschaft mit Ankara.

Tragen wir durch unsere Solidarität mit den für ihre Freiheit kämpfenden kurdischen Menschen dazu bei, daß sie ein "anderes Deutschland" kennenlernen. Wir fordern: Keine Abschiebungen in den Folterstaat Türkei! Keine Waffen, keine Mark für seine Machthaber! Aufhebung des Verbots von PKK und ERNK! Frieden und Freiheit für das kurdische Volk!

Werner Hoppe

Mit der 3. Brigade "Che Guevara" der DKP in Matanzas

Ein gutes Gefühl

Unsere Gruppen- und Redaktionsmitglieder Katrin Hellwig und Hartwig Strohschein befinden sich seit Mitte Februar auf dem Bauplatz des jüngsten Solidaritätsprojekts der DKP in Cuba. Von dort aus erreichte uns diese Reportage.

Es ist noch dunkel, wenn wir unser leichtes Frühstück einnehmen und uns der kleine alte Bus zur Baustelle der Doppelarztpraxis - einem Gemeinschaftsprojekt der KP Cubas (PCC) und der DKP - nach Matanzas-Versalles bringt. Es ist auch noch recht kühl, aber glutrot geht die Sonne am anderen Ufer der Bucht von Matanzas auf. Indem sie höher steigt, wird es schnell wärmer und mittags ist die Hitze dann regelrecht lästig. Die Arbeit strengt an, sei es die an den mit schweren Eimern zu beschickenden Betonmischern, beim Steine- und Betonkarren, beim Hinaufhieven der Lasten ins Obergeschoß, beim Schlagen der Schlitze für elektrische und sanitäre Leitungen mit der schweren Bohrmaschine MILTI oder mit Hammer und Meißel.

Als wir vor drei Wochen hier eintrafen, hatten die Arbeiten am Obergeschoß gerade erst begonnen. Jetzt ist der Rohbau nahezu vollendet und unmittelbar vor dem Richtfest am Vorabend des 8. März wurden die tonnenschweren Betonplatten mit Hilfe eines Autokrans verlegt. Der Innenausbau ist in vollem Gange.

Trotz der Anstrengungen macht die Arbeit Spaß. Es ist ein harmonisches Miteinander unseren cubanischen Genossen als oft ungelernte Gehilfen (die wenigsten von uns sind qualifizierte Bauleute) zur Hand zu gehen und ihnen nach Kräften zu helfen. Die gemeinsamen Bemühungen aller sind darauf gerichtet, am 19. April - dem 38. Jahrestag des Sieges an der Playa Giron - der Stadt Matanzas die fertige Praxis zu übergeben. Zurecht wurden im Richtspruch die Bauleute aus zwei weit voneinander entfernten, sehr verschiedenen Ländern als eine feste Gemeinschaft bezeichnet, die die Freundschaft, die Solidarität und der Wille. zur Stärkung des sozialistischen Cuba beizutragen, verbindet.

Unser Gastgeber, die PCC, bemüht sich sehr, uns in der Freizeit und an den Wochenenden Einblicke in die Vergangenheit, den Befreiungskampf, die cubanische Revolution und das gegenwärtige Leben zu ermöglichen. Interessant ist es auch, von kompetenten Historikern etwas über die wechselvolle Geschichte der Provinz Matanzas-eines Zentrums der Rohrzuckerverarbeitung - zu erfahren

Eindrucksvoll war der Besuch in einem gutorganisierten Betrieb mit 650 Beschäftigten, der Behälter für Flüssiggas zur Versorgung der Haushalte herstellt. Das Werk verfügt über alle im Sozialismus üblichen Einrichtungen - vom billigen Kantinenessen über die Arbeiter-Sonderversorgung, Kindergärten und Poliklinik bis zum Ferienobjekt. Die Produktion wird nächstens durch eine noch im Bau befindliche zweite Fabrik verdoppelt.

Auch der Universität von Matanzas - sie trägt den Namen von Camilo Cienfuegos, eines engen Kampfgefährten Fidels - statteten wir einen Besuch ab. Der Rektor erläuterte uns persönlich die Aufgaben der neun Fakultäten, die Kader für technische und ökonomische Aufgaben in der Wirtschaft von Matanzas ausbilden. Er wies besonders darauf hin, daß ein Zehntel der rund 4 000 Studenten aus Afrika und anderen Ländern Lateinamerikas kommt. Cuba stellt den Gästen bescheidene, aber auskömmliche Stipendien zur Verfügung. Auf dem Campus der Universität wird die SDAJ noch in diesem Jahr als Solidaritätsvorhaben den schon begonnenen, aber vor sieben Jahren wegen der wirtschaftlichen Probleme unterbrochenen Bau einer Poliklinik für die hier Lehrenden und Lernenden vollenden. Nirgends mehr als beim Besuch des Monuments und Memorials für den großartigen Revolutionär Ernesto Che Guevara und dessen Kampfgefährten - unter ihnen Tamara Bunke (Tania la Guerrillera) - in Santa Clara wird das Selbstverständnis des cubanischen Volkes deutlicher. Mehr denn je spürten wir auf dieser den Märtyrern geweihten Erde: Cuba ist Bastion und Beispiel für ein künftiges freies, unabhängiges und sozialistisches Lateinamerika.

Es ist ein gutes Gefühl, nach fast zehnjähriger Unterbrechung wieder etwas für ein Land tun zu können, das den Sozialismus auf seine Fahnen geschrieben hat.

Hartwig Strohschein

Solidarität mit der Kommunistischen Partei Kurdistans Partiya Kominist a Kurdistan



VIII. Bundestreffen der Cuba-Solidarität vom 7. bis 9. Mai 1999 in Erfurt

Feiern wir gemeinsam 40 Jahre Cubanische Revolution!

- * Diskussion mit Gästen aus Kuba
- * themenorientierte Arbeitsgruppen
- * Informations- und Kontaktbörse
- * Fiesta de Solidaridad

Bündeln wir unsere Kräfte! Bundesweit & International

Weitere Informationen und Anmeldungsvordrucke bei: NETZWERKCUBA e.V. Maxstraße 50 * 53117 Bonn Tel. & Fax & Anrufbeantworter: 0228-9637001 e-mail: cubared@link-k.gun.de

Wir bitten um Spenden zur Finanzierung des Treffens, Konto: Netzwerk Cuba e.V. * Sparkasse Bonn Kto-Nr.: 388 77 * BLZ 38050000 * VWZ: Bundestreffen

OSTERMONTAG

Treffpunkt: Neue Wache Unter den Linden 13.00 Uhr

Abschlußkundgebung: Marheineckeplatz/Kreuzberg

gegen 15.00 Uhr



Seite 10 RotFuchs/März 1999

Als EAW-Arbeiter Raymonde Dien auf ihre Schultern hoben ...

Ein unvergeßliches Meeting

Im Februar-"RotFuchs" war gleich zwei Mal von Raymonde Dien die Rede: Einmal dort, wo Frauen genannt wurden, die im Sinne der Krupskaja, der Zetkin und der Kollontai gekämpft haben. Dann - worüber ich mich besonders freue - in einem Artikel aus der "Intervention Communiste", der Zeitung jener französischen Genossen, die gegen den Revisionismus Robert Hues kämpfen.

Raymonde Dien war seinerzeit in der DDR sehrbekannt, angesehen, beliebt. Viele DDR-Bürger bewunderten sie. Die junge Kommunistin hatte sich an die Schienen gekettet, um einen Zug mit Soldaten aufzuhalten, die zu einem der französischen Atlantikhäfen und von dort in den schmutzigen Krieg gegen das um seine Freiheit kämpfende algerische Volkgebracht werdensollten. Ausdem Transport wurde nichts.

Raymonde nahm 1956 als Gast an der 3. Parteikonferenz der SED teil. Ich war damals Parteisekretär in den Elektro-Apparate-Werken Berlin-Treptow. Vom Zentralkomitee wurde mir telefonisch mitgeteilt, die Französin und zwei Genossen der ungarischen Partei würden in unseren Betrieb kommen. Ich erhielt keine "Anleitung", keine Weisungen oder Vorschriften, wie ich den Aufenthalt der Gäste zu gestalten hätte. So etwas war zu dieser Zeit nicht üblich und kam erst später in Mode.

Ich überlegte mit den APO-Sekretären, wen wir zu der Versammlung einladen könnten. Unser großer Saal hatte etwa 500 Plätze. Wir entschieden uns für 150 Genossen und etwa ebensoviele parteilose Kollegen, die eng mit uns zusammenarbeiteten: Gewerkschaftsvertrauensleute, Mitglieder von Frauenausschüssen der verschiedenen Werkteile, Ingenieure, FDJler ... Hinzu kamen rund 200 EAWler, die zwar in der Gewerkschaft waren und - wie üblich - an der Mai-Demonstration teilnahmen, sich aber nicht politisch betätigten. Wir wußten, worüber sie sich selbst noch gar nicht im klaren waren: Sie befanden sich auf dem Weg an unsere Seite. Es fehlte offensichtlich ein Anstoß, ein Schlüsselerlebnis, damit auch sie das erkannten und entsprechend handelten. Ein Zusammentreffen mit Raymonde Dien wäre der richtige Anlaß, meinten wir.

Alle Eingeladenen nahmen an der Veranstaltung teil. Raymonde erleben-das war etwas! Im Saal blieb kein Platz frei. Zuvor hatte ich noch mit unseren Werzeugmachern gesprochen, die als "Rote Garde" der EAW galten. Ich bat sie, etwas Temperament zu zeigen und mit Beifall nicht sparsam zu sein. Das stieß auf ihr Verständnis. "Wird jemacht!" Nachdem ich Raymonde Dien und die beiden Ungarn vom Fahrstuhl abgeholt hatte, betraten wir den Saal. In diesem Augenblick sprangen zwei große Kerle in blauen Kitteln auf und gingen auf Raymonde los. Sie erschrak,

blieb stehen, verschränkte die Arme vor der Brust. Die beiden Kollegen packten sie und schwupps setzten sie sie auf ihre Schultern, um sie durch den Mittelgang nach vorn zu tragen. Ungeheurer Beifall brach los!

Die Ungarn und Rayonde Dien nahmen in der ersten Reihe Platz- ein Präsidium, wo die einen auf die anderen runtergucken, hatten wir nicht. Ich stellte die Gäste kurz vor und erteilte der französischen Kommunistin das Wort. "Jetzt spricht zu uns notre camarade unsere Genossin-Raymonde Dien!" Wieder kaum endender, tosender Beifall.

Raymonde redete sich so richtig in Fahrt. Ich weiß heute nicht mehr, was sie im einzelnen sagte, aber ihre Worte kamen an und die Dolmetscherin konnte kaum folgen; nur der immer wieder losbrechende Applaus verschaffte ihr eine Verschnaufpause.

Nachdem Raymonde gesprochen hatte, sangen alle die Internationale. Auch unsere "Unpolitischen" stimmten ein, vielleicht zum ersten Mal. Sie konnten das Lied, hatten sie es doch oft genug gehört. Nach dem Ende des Meetings begleitete ich die ungarischen Genossen zum Fahrstuhl und bat sie um Verständnis, daß wir ihnen diesmal nicht ganz so viel Aufmerksamkeit geschenkt hatten wie Raymonde Dien: "Deutsche und Ungarn haben miteinander keine Probleme. Doch Franzosen und Deutsche haben 300 Jahre lang viele Kriege gegeneinander geführt", sagte ich erklärend. "Schon gut. War richtig so", antwortete einer der Genossen aus Budapest.

Raymonde aber war nicht zu sehen. Ich ging in den Saal zurück. Da standen fünfzig, sechzig junge Frauen um sie herum, diskutierten, fragten sie aus. Ich drängte mich vorsichtig in den Kreis. "Ich hätte nie gedacht, daß Deutsche so sein könnten!", sagte Raymonde zu mir. Ich antwortete ihr: "Täusch dich nicht. Noch gilt das längst nicht für alle. Aber du hast uns geholfen, daß es wieder mehr geworden sind". Beifall - er galt nicht mir, sondern natürlich Raymonde. "Und nun laßt sie mal gehen", sagte ich nach einer Weile zu den Frauen, "sie hat heute noch andere Termine". Der Fahrstuhl blieb unbenutzt. Zwanzig bis dreißig Frauen vor ihr, ebensoviele hinter ihr, ging Raymonde die Treppen der fünf Stockwerke hinunter. Da wartete ein EMW. Der mußte sehr vorsichtig anfahren, umbei dem dichten Gewühl .durchzukommen.

Raymonde Dien müßte heute so um die 70 sein. In unserer Erinnerung aber bleibt sie das Symbol einer Generation junger französischer Kommunisten, die im Zeichen der Picasso-Taube gegen den schmutzigen Krieg und für die Befreiung der Kolonialvölker kämpften.

Walter Florath

PETER HACKS Das Vaterland

So wie das Einhorn vor den Geistern allen Hervorsticht durch Empfindsamkeit und Wissen, Wie der Demant vor minderen Kristallen, Der Kaviar vor sonstigen Leckerbissen, So wie der Panther vor den Waldnaturen Und Greta Garbo vor den andern Huren,

So stach einmal mein liebes Vaterland Unter den Reichen dieser Welt hervor. Das Land, wo keiner darbte, keiner fror. Das Land, wo jeder Dach und Arbeit fand. Wie lob ich es? Wie enden, wie beginnen? Ich sage, es war ganz und gar bei Sinnen.

Wer reifen wollte, war befugt zu hoffen. Die Seelen nahmen Form an und die Leiber. Dem Ärmsten stand die höchste Stelle offen. Was Männer durften, durften auch die Weiber. Und weder Aberglauben, weder Schulden Fand sich sein stolzes Herz bereit zu dulden.

Und keine Krankheit, wenn sie heilbar war, Blieb von der Kunst der Ärzte ungeheilt. Und kein Verdruß, sofern er teilbar war, Ward redlich nicht von Fürst und Volk geteilt. Kein Eigentümer konnte uns befehlen, Zu seinem Vorteil selbst uns zu bestehlen.

Wie aufgeklärt hier alles. Wie durchheitert. Wie voller Frische, voller Ahnungen. Ins Morgen ward die Gegenwart erweitert Des Vaterlands durch seine Planungen. Es ist ein Hochgenuß, von ihm zu sprechen. Es war ein Staat und scheute das Verbrechen.

Wer kann die Pyramiden überstrahlen? Den Kreml, Sanssouci, Versailles, den Tower? Von allen Schlössern, Burgen, Kathedralen Der Erdenwunder schönstes war die Mauer. Mit ihren schmucken Türmen, festen Toren. Ich glaub, ich hab mein Herz an sie verloren.

Das war das Land, in dem ich nicht geboren, Das Land, in dem ich nicht erzogen bin. Das ich mir frei zum Vaterland erkoren, Daß bis zum Grab ich atmete darin. Das mit dem Grab hat sich nun auch zerschlagen. Doch war das Glück mit meinen Mannestagen.

In dieser Hundewelt geht vieles ohne Ideen, aber nichts ohne Spione. Schuld, daß ich alles deutlich offenbare, Schuld trug das KGB. Wohl zwanzig Jahre Hat insgeheim mit Langley oder Harvard Es über unsern Untergang palavert.

Die Sowjetmacht, sie schenkte uns das Leben. Sie hat uns auch den Todesstoß gegeben. Nurtäuscht euch nicht. Rußland und wir, wir beiden, Sind niemals, auch nicht durch Verrat, zu scheiden. Soviel für jetzt. So viel zum künftig schwierigen Verhältnis zwischen Preußen und Sibirien.

Fremd ist die Sonne, die mir heute leuchtet. Und bloß im sich versenkenden Gemüte Seh ich die Landschaft, die hier vormals blühte. Nicht immer bleibt mein Auge unbefeuchtet. Man weint um Hellas. Sonst geschieht es selten, Daß einer Staatseinrichtung Tränen gelten.

Und derer laßt mich denken, die es schufen, Das Vaterland, ihm Hirn und Willen liehen, Es kräftigend zu menschlichsten Behufen. Kaum einer ist mehr. Laßt mich nicht verziehen, Als Greis dem Sterbenden mich mitzuteilen. Für Alfred Neumann schrieb ich diese Zeilen. (Aus: Jetztzeit)

Der Weg zum Eurokommunismus

Aktuelle Lehren

Das Nationalkomitee der Französischen Kommunistischen Partei (PCF) präsentierte unlängst ein "neues Kommunismus-Projekt" (siehe "RotFuchs" Nr.13, 1999), das mich verteufelt an den in den 70er Jahren vor allem von einigen westeuropäischen KPs (derer Italiens, Frankreichs und Spaniens, der Linkspartei Kommunisten Schwedens u.a.) propagierten Eurokommunismus erinnert. Der Begriffwurde übrigens zunächst von bürgerlichen Ideologen in die Medien lanciert und dann bedenkenlos von den betreffenden Parteien selbst übernommen. Während Spaniens PCE unter dem späteren Sozialdemokraten Santiago Carrillo kaum über Deklarationen hinauskam und die von Georges Marchais geführte PCF bald zunehmend wieder auf Distanzging, wurde Italiens PCI unter Enrico Berlinguer zum Protagonisten dieser Konzeption, die bis Ende der 70er Jahre dessen gesamte Politik entscheidend bestimmte. Meine Korrespondententätigkeit in Rom (1973-1979) bot mir Gelegenheit, das Projekt und sein schließliches Scheitern an Ort und Stelle zu verfolgen.

Der PCI - die IKP - war zu Zeiten des Eurokommunismus mit über zwei Millionen Mitgliedern und fast 34 Prozent der Wählerstimmen (Parlamentswahlen 1976) die stärkste und politisch einflußreichste kommunistische Partei der kapitalistischen Industriestaaten. Im Parlament belegte sie mit nur knapp fünf Prozent Abstand hinter der Democrazia Cristiana (DC) - der Hauptkraft des Regierungslagers - den zweiten Platz. Die Verabsolutierung der Erfolge auf parlamentarischer Ebene hatte jedoch den Einfluß der seit Kriegsende bestehenden sozialdemokratischen Strömung in der IKP verstärkt, die sich dann als Wortführerin des Eurokommunismus durchsetzte.

Hauptziel der IKP war in jener Periode die Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung. 1976 half sie der DC, die keine tragfähige Mehrheit besaß, über eine schwere Regierungskrise hinweg, indem sie ihr Kabinett im Parlament durch Stimmenthaltung stützte. 1978 stimmte sie auf der Grundlage eines nun geschlossenen Abkommens, das ihren späteren Eintritt in die Regierung vorsah, für die von dem DC-Rechten und CIA-Vertrauensmann Giulio Andreotti geführte Große Koalition. Andreotti steht heute wegen Verstrickung in Mafia-Aktivitäten und Anstiftung zum Mord vor Gericht. Er wird der Beteiligung an neofaschistischen Putschplänen beschuldigt.

Die eurokommunistische Konzeption wurde in Italien unter Enrico Berlinguer, seit 1972 Generalsekretär der IKP, in Anlehnung an Gramscis Definition eines Histori-

schen Blocks unter dem Begriff Historischer Kompromiß bekannt. Die Notwendigkeit, gegen die nach dem Pinochet-Putsch in Chile Auftrieb erhaltende neofaschistische Gefahr ein breites Bündnis unter Einschluß auch der Christdemokraten zu bilden, stellte zunächst einen durchaus akzeptablen Ausgangspunkt dar. Während es Gramsci jedoch beim Historischen Block um ein antifaschistisches Bündnis mit den katholischen Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse ging, suchte die IKP der 70er Jahre die Klassenzusammenarbeit und den Kompromiß mit der großbürgerlichen DC. Für die in Aussicht gestellte Aufnahme in die Regierung der Bourgeoisie und das - niemals eingehaltene - Versprechen, gewisse soziale und ökonomische Reformen einzuleiten, gab sie fundamentale Klassenstandpunkte auf, ging sie auf reformistische Positionen über. Damit entzog sie ihrer ursprünglich richtigen Zielsetzung den Boden und machte sie selbst unrealisierbar. Zur wesentlichen Triebkraft der Politik der IKP wurde zusehends der Drang, "koalitionsfähig" zu werden und in bürgerliche Kabinette einzutreten. Dem wurde alles untergeordnet.

Im Rahmen ihrer eurokommunistischen Linie sagte sich die IKP vom Leninismus los, verlegte sie sich auf antisowjetische Propaganda. Sie tat das vor allem, indem sie das "sowjetische Modell" attackierte. Zugleich verkündete die IKP einen eigenen "Weg zum Sozialismus" auf der Grundlage der Anerkennung der "Spielregeln der bürgerlichen Demokratie" und ihrer Integration in deren Parteiensystem. Sie übernahm das bourgeoise Staatsmodell, für das sie lediglich eine "demokratische Transformation" forderte. Die IKP erklärte sich für die kapitalistische Marktwirtschaft, versprach eine "breite Förderung der Privatindustrie" und sagte, was damals keine bürgerliche Partei tat, Privatisierungen in Italiens starkem staatskapitalistischen Sektor zu. Den Gipfel des Revisionismus erklomm sie jedoch, als sie mitten im Kalten Krieg und angesichts der Blockkonfrontation verkündete, die NATO eigne sich unter bestimmten Voraussetzungen als "Schutzschild" eines italienischen Weges zum Sozialis-

Unter dem massiven Druck der USA sabotierte die DC indes die Zusammenarbeit mit der IKP, was diese dann im Januar 1979 dazu veranlaßte, aus der großen Parlamentskoalition auszutreten. Der Historische Kompromiß war damit, wie Berlinguer im folgenden Jahr auf dem Parteitag eingestand, politisch gescheitert. Die IKP hatte durch die parlamentarische Regierungs-

beteiligung (die über bloßes "Tolerieren" hinausging) keines ihrer Ziele erreicht. Statt einer Zurückdrängung der rechten Gefahr war es zu einer Rechtswende und zu einer Verschiebung der Regierungsachse nach rechts gekommen. Der politische Einfluß der IKP ging spürbar zurück, sie verlor in den folgenden Jahren etwa ein Drittel ihrer Mitglieder. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen von 1979 war die Stimmabgabe für die Partei zum ersten Mal seit Kriegsende rückläufig. Sie sank um ca. vier Prozent und bis 1987 um acht Prozent.

Die reformistische Strömung errang im Verlauf weniger Jahre beherrschenden Einfluß in der Partei und verkündete im März 1989 auf dem römischen Parteitag der IKP im Schatten des revisionistischen Gorbatschow-Kurses und in Anwesenheit des Renegaten Jakowlew - offen die Sozialdemokratisierung der Partei. Dieser Prozeß wurde im Januar 1991 mit der mehrheitlichen Umwandlung der IKP in die reformistische Linkspartei auch formell abgeschlossen. Die Entwicklung der französischen PCF in den letzten Jahren und die jüngsten Verlautbarungen aus ihrer Zentrale lassen befürchten, daß die Führung um Robert Hue beabsichtigt, sich am antileninistischen Mutationskurs der IKP, der zur Linkspartei führte, zu orientieren.

Nicht unerwähnt bleiben sollte, daß die reformistische Zerstörung der IKP seit den 70er Jahren auch dadurch begünstigt wurde, daß die selbst von Revisionisten bedrängte KPdSU und andere Parteien der kommunistischen Weltbewegung - darunter die SED - einer offenen und prinzipiellen Auseinandersetzung mit dem Eurokommunismus aus dem Wege gingen.

Gerhard Feldbauer



Das Motto der französischen leninistischen Zeitung "Intervention Communiste" lautet:

"EIN KOMMUNIST OHNE ZEITUNG IST EIN SOLDAT OHNE GEWEHR" Seite 12 ROTFUCHS/März 1999

Reporterskizzen (11)

Die Buche des Generals



General Vasco Gonçalves

Vasco Gonçalves, den später viele als den eigentlichen Kopfdes portugiesischen Aprilaufstandes von 1974 bezeichneten, hatte sich nach dem Sturz des 48 Jahre herrschenden faschistischen Regimes zunächst strikt im Hintergrund gehalten

und den trittbrettfahrenden Generälen um den Provisorischen Präsidenten António de Spinola das Rampenlicht überlassen. Obwohl der Oberstleutnant und stellvertretende Chef der Pioniertruppen das ranghöchste Mitglied der siebenköpfigen Koordinierungskommission der antifaschistischen Bewegung der Streitkräfte (MFA) war, kannten wir Berichterstatter vor Ort Gonçalves zunächst nicht einmal seinem Namen nach. Das sollte sich jedoch ändern, als Spinola im Juli 1974 den ersten seiner drei fehlgeschlagenen Putschversuche unternahm, um die dem Kabinett angehörenden kommunistischen Minister loszuwerden. Doch in der Aufstiegsphase der Portugiesischen Revolution, die mit der im Frühjahr 1975 erfolgenden Nationalisierung von 245 inländischen Banken, Versicherungen und Konzernen sowie mit einer tiefgreifenden Agrarreform im Landessüden ihren Höhepunkt erreichte, ließ sich ein solcher Plan nicht verwirklichen. Allerdings gelang es der die Führung in diesem Prozeßübernehmenden Arbeiterklasse auch nicht, den alten Staatsapparat zu zerschlagen und ihre eigene politische Herrschaft zu errichten. Doch sie besaß in Zentren der Macht wichtige und ehrliche Verbündete.

Als im Juli 1974 die 2. Provisorische Regierung vereidigt wurde, stand Vasco Gonçalves an ihrer Spitze. Der parteilose Offizier und spätere General sah sich - was ich erst Jahre darauf erfuhr, als ich längere Zeit in Cascais sein Gast war und in der Bibliothek des Arbeitszimmers auf eine französische Ausgabe der Werke Lenins aus dem Jahre 1948 mit zahlreichen Anstrichen und Notizen von der Hand des Hausherrn stieß - schon damals als Marxist. Er setzte sich daher entschieden für eine Vertiefung der demokratischen Revolution und deren Überleitung in die sozialistische Etappe ein. Doch mit Franco-Spanien im Rücken, der 6. USA-Flotte vor den Küsten und einer noch in klerikalfaschistischen Denkmustern gefangenen Bevölkerungsmehrheit konnte die im roten Süden Portugals kühn und weit vorgestoße-

ne Revolution nicht siegen. Die notwendige materielle und moralische Hilfe der mit eigenen Problemen ringenden sozialistischen Staatengemeinschaft blieb unter den Erwartungen. Die NATO aber brachte gegen den ins Wanken geratenen Paktstaat ihr in diesem Falle schlagkräftigstes Geschütz in Stellung: die Sozialistische Internationale. Mit deren Geld und den damit vermischten Milliarden der CIA, mit SP-Kadern, die in der BRD aus- und abgerichtet worden waren, mit der Logistik vor allem der SPD und bei direkter Einmischung von Brandt, Mitterand, Kreisky und Palme wurde die Portugiesische Revolution in zwei Jahren sturmreif geschossen und niedergekämpft. Haß und Verleumdung konzentrierten sich dabei nicht nur auf die rasch zu einer großen Partei angewachsene PCP des überragenden Strategen und Taktikers Álvaro Cunhal, sondern ganz besonders auch auf den integren und transparenten Revolutionär an der Spitze der Exeku-

Von Juli 1974 bis September 1975 leitete Vasco Gonçalves vier aufeinanderfolgende Provisorische Regierungen. In dieser Zeit leistete die Sozialistische Internationale eine beispiellose Zersetzungsarbeit. Es gelang ihr, die Massenbewegung der Werktätigen und die MFA tief zu spalten. Die Militärische Linke unter General Gonçalves, demanfangs selbst die Sympathien der rückständigen Dorfbevölkerung im Norden und im Landesinnern zugeflogen waren, wurde isoliert und schließlich aus allen Schlüsselpositionen verdrängt. Als die 5. Provisorische Regierung - ein wirklich fortschrittliches Kabinett, das indes der realen Kräftekonstellation nicht mehr entsprach - am 11. September 1975 fiel, spielten bei ihrem Sturz übrigens auch die COPCON-Truppen des ultralinken Befehlshabers Otelo Saraiva de Carvalho eine maßgebliche Rolle.

Kurz nach jenem düsteren Tag begleitete ich António Dias Lourenço, den damaligen Direktor der KP-Zeitung "Avante!", in Portugals nördlichste Bezirkshauptstadt Viana do Castelo. Im dortigen Theater sollte ein Meeting der PCP stattfinden. Mit ihm wollte die hier besonders unter Werstarbeitern über Einfluß verfügende Partei dem lähmenden Schock der gerade erst erlittenen Niederlage entgegenwirken. Doch die Stimmung im Foyer und auf den Rängen war gedrückt. Die mitgebrachten Fahnen wurden nicht - wie sonst üblich - geschwenkt. Auch die siegesgewissen Parolen und die fröhlichen Lieder blieben aus. Selbst das "Avante camarada" - die schwungvolle Hymne der Partei - hatte einen traurigen Klang. Allen war bewußt, daß die Portugiesische Revolution mit dem Sturz der Gonçalves-Regierung einen un-

wiederbringlichen Verlust erlitten hatte. Die Hunderte spürten, daß die Konterrevolution nun schneller an ihr Ziel gelangen würde. Da erhob sich mitten im Saal ein Genosse und rief mit lauter Stimme: "O Vasco voltará! - Vasco wird zurückkehren!" Ungläubig reagierte die Menge. Doch der einzelne Rufer ließ sich nicht beirren. Bald fielen die ersten ein, immer mehr waren es, dann skandierte das ganze Theater: "O Vasco voltará!" Als Dias Lourenço, der erfahrene Parteiführer, ans Rednerpult trat, hob er die Hoffnung der Verzweifelten auf die Ebene des historischen Optimismus. "Ob Genosse Vasco zurückkommen wird, kann heute niemand sagen. Aberdas wissenwir: Qualquerdia-os Vascos voltarão - Eines Tages werden die Vascos zurückkehren!" rief er aus, und der Funke übertrug sich auf die Versammelten.

Als ich im Herbst 1987 mit Vasco Gonçalves -dem guten Freund der DDR -durch Sachsen und Thüringen reiste, erzählte ich ihm die Episode. Das war eine gute Antwort", sagte er. "Der Einzelne bleibt immer in der Sache aufgehoben". An der Dresdener Militärakademie "Friedrich Engels" hatte ihn der Kommandeur herzlich empfangen; in der Gothaer Parteitags-Gedenkstätte war dem Gast ein Mini-Bändchen mit der von ihm besonders geschätzten Marxschen Programm-Kritik überreicht worden; nun befand er sich in einer Genossenschaft, wo man die Zukunft mit Händen greifen konnte: der Mühlhausener LPG "Thomas Müntzer". 12 Hektar unter Glas, elf Doktoren bei 1 700 Mitgliedern, Technologie und Erträge auf Weltniveau. Vasco Gonçalves - der Marxist-Leninist an der Seite der PCP - wurde als Ehrenmitglied in die LPG aufgenommen. Dann ging es ins Gelände. Es war schon gegen Abend, als der General in der Baumschule der Genossenschaft eintraf. Eichen, Ulmen und Koniferen warfen noch letzte Schatten vor dem verschwimmenden Horizont. Plötzlich stand da ein weißgedeckter Tisch. Ein Bläserquintett ließ Feierlichkeit aufkommen. Und der LPG-Vorsitzende beschwor die Historie. "Hier, auf unserem Boden, ist 1525 Thomas Müntzer, der Führer einer geschlagenen deutschen Revolution, hingerichtet worden. Auch die portugiesische Revolution hat nicht gesiegt, aber wie Müntzers Bauern ihre Spuren hinterlassen. In der Geschichte ist nichts umsonst. Auch Niederlagen tragen den Keim künftiger Siege in sich." Dort, wo Thomas Müntzer fiel, pflanzte Vasco Gonçalves einen Baum. Eine Blutbuche. Er weihte sie allen Revolutionären der Welt und deren Traum vom Glück einer befreiten Menschheit.

Klaus Steiniger

Zum 510. Geburtstag Thomas Müntzers

Vermächtnis eines Revolutionärs

Am 25. Mai 1525 ergab sich Mühlhausen im Thüringischen, das Zentrum des Großen Deutschen Bauernkrieges, wo am 17. März auf Vorschlag der Prediger Thomas Müntzer und Heinrich Pfeiffer der bisherige Stadtrat durch den "Ewigen Rat" ersetzt worden war. Die Fürsten rächten sich an den Aufständischen mit einem furchtbaren Blutbad. In der Geschichte auch des deutschen Volkes bestätigte sich seither die Erkenntnis: Wo eine Revolution halbherzig bleibt oder leichtsinnig wird, schlägt die Konterrevolution gnadenlos zu. Tatsächlich bewirkte die einsetzende Gegenreformation, zu der auch der 30jährige Krieg gehörte, daß die Deutschen etwa drei Jahrhunderte lang aus der Reihe der fortgeschrittensten Länder herausfielen.

Thomas Müntzer war am 11.Mai 1525 mit seiner Streitmacht nach Frankenhausen gezogen. Zwei Tage später richtete er einen Briefan die Gemeinde zu Erfurt, worin er unter Bezug auf Buch 7, Kapitel 27 des Daniel und andere Schriften der Bibel erklärte, daß die Gewalt dem gemeinen Volk gegeben werden solle, daß die Geschöpfe (Kreaturen) frei werden müßten, wenn man dem Wort Gottes folgen wolle. Er bat schließlich um Hilfe, die (aus welchem Grunde auch immer) dann nicht eintraf. (Nach der Aussage von Hans Hut predigte Müntzer am 14.Mai im Frankenhäuser Lager: "Gott, der Allmächtige, wollte jetzt die Welt reinigen und hätte der Obrigkeit die Gewalt genommen und den Untertanen gegeben".)

Einen Tag danach versicherten die Bauern in einem Schreiben an die sie belagernden Fürsten, daß sie nicht hier seien, um jemandem vorsätzlich weh zu tun, sondern nur der göttlichen Gerechtigkeit wegen; wenn sich jeder daran halte, solle es zu keinem Blutvergießen kommen. Sofort antworteten die Fürsten den "Brüdern von Frankenhausen", sie wollten nur "den falschen Propheten Thomas Müntzer samt seinem Anhange lebendig heraus" haben und "daß ihr Euch in unsere Gnade und Ungnade ergebet".

Am Mittag desselben Tages, als die Aufständischen wegen der noch andauernden Verhandlungen nicht mit dem Angriffrechneten und sich zu einer Predigt versammelt hatten, fielen die verbündeten (!) Fürstenheere in die Wagenburg ein, metzelten 6.000 Bauern nieder und brachten 600 von ihnen in ihre Gewalt. Friedrich Engels schrieb: "Münzer, am Kopf verwundet, wurde in einem Hause entdeckt und gefangengenommen. Am 25 Mai ergab sich auch Mühlhausen; Pfeifer, der dort geblieben war, entkam, wurde aber im Eisenachschen verhaftet. Münzer wurde in Gegenwart der Fürsten auf die Folter gespannt und dann

enthauptet. Er ging mit demselben Mut auf den Richtplatz, mit dem er gelebt hatte. Er war höchstens achtundzwanzig (laut neueren Forschungen: 36 - E.K.) Jahre alt, als er hingerichtet wurde. Auch Pfeifer wurde enthauptet; außer diesen beiden aber noch zahllose andre. In Fulda hatte der Mann Gottes, Philipp von Hessen, sein Blutgericht begonnen; er und die sächsischen Fürsten ließen unter andern in Eisenach 24, in Langensalza 41, nach der Frankenhäuser Schlacht 300, in Mühlhausen über 100, bei Görma 26, bei Tüngeda 50, bei Sangerhausen 12, in Leipzig 8 Rebellen mit dem Schwert hinrichten, von Verstümmelungen und anderen gelindern Mitteln, von Plünderungen und Verbrennungen der Dörfer und Städte gar nicht zu reden." (MEW 7, S.404)

Bemerkenswert für die Aufrichtigkeit Müntzers und lehrreich im höchsten Grade ist das letzte Dokument, das uns von ihm überliefert ist. Nachdemihm am 17. Mai 1525 in der Wasserburg zu Heldrungen, nahe Frankenhausen, während der Folter die Finger gebrochen waren und er nicht mehr schreiben konnte, diktierte er an die Mühlhäuser: "Darum sollt Ihr Euch meines Todes nicht ärgern, welche zur Fordrung den Guten und Unverständigen geschehen ist. Derhalben ist meine freundliche Bitte an Euch. Ihr wollet meinem Weibe die Güter, so ich gehabt, folgen lassen als Bücher und Kleider, was dasselbig ist, und sie nichts um Gottes Willen lassen entgelten. Liebe Brüder, es ist Euch hoch von Nöten, daß Ihr solche Schlappen auch nicht empfanget wie die von Frankenhausen, denn solches ist ohne Zweifel entsprossen, daß ein jeder seinen eigen Nutz mehr gesucht denn die Rechtfertigung der Christenheit" (!).

Ist das nicht bedenkenswert? In seinem politischen Testament eine Woche vor der Hinrichtung erkannte eine der größten Gestalten der revolutionären Geschichte Deutschlands, daß gesellschaftlicher Fortschritt immer dann und dort scheitert, wenn und wo zu viele Akteure ihren eigenen Nutzen über das Sichern der Existenzbedingungen der werktätigen Gemeinschaft stellen, wenn also - um es kurz zu sagenmassenhaft Eigennutz vor Gemeinnutz gesetzt wird.

Fast 50 Jahre nach Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und im neunten Jahr nach ihrem "Beitritt" zur BRD könnte uns die von Müntzer übermittelte Erkenntnis ein wichtiger Hinweis sein bei der noch längst nicht abgeschlossenen Suche nach tiefgründigerer Einsicht in die Ursachen, die zum Sieg der Konterrevolution geführt haben.

Normalerweise können in der objektiven

Realität äußere auf eine Erscheinung einwirkende Kräfte nur dann schwerwiegende, existenzbedrohende Folgen haben, wenn dies durch innere Bedingungen oder Schwächen begünstigt wird. Hat es - wenn man in Betracht zieht, wieviele Personen aus den RGW-Ländern sich erstaunlich schnell zu kleinen, mittleren oder größeren Unternehmern oder großbürgerlichen Wortführern gewendet haben - vor allem ab Mitte der 70er Jahre nicht zu viele Bürger (darunter Leiter verschiedenster Verantwortungsebenen) in der DDR gegeben, die zuerst an die eigene oder familiäre Bereicherung dachten? Leute, die die Stärkung und den Schutz der sozialistischen Allgemeinheit immer bewußter vernachlässigten? Das war doch nachweislich nicht zu ieder Zeit so in der Geschichte unserer Republik! Wann und wie kam es dazu? Entwickelten sich im Laufe der Jahre nicht auch durch unser eigenes Tun reale, in den frühen Perioden so nicht dagewesene Erscheinungen und Zusammenhänge, die kleinbürgerliches Denken und Verhalten begünstigten?

Daß darüber hinaus äußere beeinträchtigende Kräfte in West (und dann auch in Ost) unserem Lande an die Kehle griffen, kam noch hinzu.

Daß auch wir der objektiven Dialektik unterliegen, nach der in einer sozialistischen wie in jeder anderen Gesellschaft Neues älter und alt wird und nichts so bleibt, wie es begonnen hat, sondern notwendigerweise vielschichtiger und vielfältiger wird, daß man nur dann Probleme und Schwierigkeiten mit dem Reifer- und Älterwerden bekommt, wenn man das störrisch von sich weist - diese Lektion mußte uns, die wir eigentlich die Dialektik zu meistern behaupteten, erst eingebleut werden. Wenn sich eine nicht ausreichend selbstkritische Grundhaltung mit einem schwindenden Vertrauen in die werktätige Bevölkerung durch öffentliche Verantwortung Tragende verbindet, dann wird die eigene Niederlage stark begünstigt.

Wir fühlten uns als Enkel von Thomas Müntzer und seinen geschlagenen Mitstreitern, die die fortschrittliche Sache besser ausfechten wollten. Dies gelang uns immerhin einige Jahrzehnte lang auf deutschem Boden - auch mit Errungenschaften, die noch immer vorbildlich sind.

Werden unsere Enkel die Lektion besser lernen, begreifen und beherzigen? Man kann ihnen nur raten: Tut das, wenn ihr mit euch selbst Erbarmen haben wollt! Wir als Verantwortung tragende Großeltern haben da noch eine wichtige Pflicht zu erfüllen.

Eike Kopf (aus Bollstedt bei Mühlhausen)

Seite 14 RotFuchs/März 1999

RA Prof. Dr. habil Erich Buchholz über Gesinnungsjustiz

Herr Jordan läßt die Katze aus dem Sack

Ein Herr Jordan, nunmehr Richter am LG Berlin, zuvor prononcierter Vertreter der Berliner Sonderstaatsanwaltschaft des Herrn Schaefgen, hat allen Beteuerungen und auch einigen positiven Erfahrungen zum Trotz handgreiflich unter Beweis gestellt, daß die heutige politische Strafjustiz, namentlich als Gesinnungsjustiz, in "bewährter" Tradition der altbundesdeutschen der 50er Jahre steht.

Keine geringere als die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe schrieb in der "Neuen Justiz" über dieses altbundesdeutsche politische Strafrecht und die politische Strafjustiz der BRD: Das schon zu Beginn des "Kalten Krieges" im Jahre 1951 durch das berüchtigte "Blitzgesetz" geschaffene bundesdeutsche politische Strafrecht eröffnete "ein Einfallstor für richterliche Gesinnungsforschung", wobei der (damals auch in erster und letzter Instanz agierende) 3. (politische) Strafsenat des Bundesgerichtshofes diese einer Gesinnungsjustiz dienenden "Normen besonders extensiv ausgelegt" hat. (NJ, H.2, 1994, S.49 f.)

Die Existenz dieser Gesinnungsjustiz wurde in zahlreichen Publikationen, besonders auch von damaligen Strafverteidigern wie Posser, Ammann und Hannover, belegt; für die über 125.000 Betroffenen bleibt sie ohnehin unvergeßlich.

Daß es die heutige bundesdeutsche politische Strafjustiz bei ihrer Abrechnung mit der DDR fertigbrachte, bei einer an sich zur Bewährung aussetzbaren Freiheitsstrafe unter zwei Jahren eine betagte, über 70 Jahre alte Frau hinter Schloß und Riegel zu bringen, entlarvt diese Justiz schon hinreichend.

Die Hälfte der wegen Rechtsbeugung verhängten Freiheitsstrafe ist bereits verbüßt. Mit der nun im Regelfall fälligen Aussetzung des Strafrestes (zur Bewährung) ließ man sich Zeit. Herr Jordan kam in dem von ihm verfaßten Beschluß der Strafvollstreckungskammer nicht umhin festzustellen, daß "die Voraussetzungen der Erstverbüßerregelung erfüllt" sind und "die Strafe aussetzungsfähig ist. Der Verurteilten ist ... eine günstige Prognose" im Sinne des Gesetzes "zu stellen." Nach menschlichem Ermessen" sei es "ausgeschlossen, daß der Verurteilten ... nochmals ein Richteramt übertragen wird" - was sie in diesem Staat ganz gewiß niemals zu übernehmen bereit sein dürfte. Und es heißt dann weiter: "Die Gefahr eines Rückfalls (!) besteht somit nicht; anderweitige (nicht einschlägige) Straftaten sind von der Verurteiten nicht zu besorgen."

Noch aufschlußreicher und zugleich verräterisch ist das nun folgende Eingeständnis der Absicht der Strafverfolgung dieser Verurteilten wie anderer früherer Hoheitsträger der DDR. "Keiner der Strafzwecke gebietet die weitere Verbüßung der Freiheitsstrafe" – durch welche Strafzwecke soll die bisherige Verbüßung gerechtfertigt gewesen sein, Herr Jordan?

"General- und spezialpräventive Faktoren treten bei der Bestrafung von Funktionsträgern untergegangener totalitärer Unrechtsregimes ohnehin nicht in den Vordergrund."

In der Tat kann ja die bundesdeutsche Strafjustiz bei der Strafverfolgung von DDR-Richtern wohl nicht darauf abstellen, daß ihre eigenen Richter und Staatsanwälte durch die Bestrafung von DDR-Richtern von Rechtsbeugung abgeschreckt werden sollten - ganz abgesehen davon, daß Herr Jordan dankenswerterweise durch seine Formulierung klarstellt, daß betroffene Funktionsträger der DDR von der bundesdeutschen Strafjustiz nicht rechtens wegen etwa von ihnen begangener, nach dem DDR-Recht strafbarer Handlungen bestraft werden, sondern nur, weil sie der untergegangenen DDR gedient hatten!

"In Fällen wie diesem" beschränke sich "der Zweck der Strafe … auf den Gedanken von Schuldausgleich" - wessen Schuld vor wem soll denn ausgeglichen werden?? -"und Sühne".

Da ist die Katze also aus dem Sack: Sühne, was ja nur ein euphemistischer Ausdruck für Rache ist, stellt den eigentlichen "Strafzweck" dar, wenn es gegen Funktionsträger der DDR geht. Rache dafür, daß diese ihrem Staat gedient hatten; Rache dafür, daß es dieser Staat überhaupt gewagt hatte, vierzig Jahre lang zu bestehen! Es ist dem von Herrn Jordan verfaßten Beschluß anzusehen, wie schwer es ihm fiel, dem Gesetz, der gesetzlich vorgegebenen Erstverbüßerregelung, zu folgen. Wes Geistes Kind er ist, verriet er bereits in den Einleitungssätzen seines Beschlusses: Daß es eine DDR gab und diese eine Hauptstadt, nämlich Berlin, hatte, weiß Herr Jordan nicht oder will er trotz des vom Bundesverfassungsgericht abgesegneten Grundlagenvertrages zwischen DDR und BRD von 1972 nicht wissen, er befindet sich geistig noch immer in der Adenauer-Ära und spricht daher vom "ehemaligen Ostsektor Berlins", wo die Verurteilte Richterin

Wenn er dann noch pauschal erklärt, daß sie "ihre Stellung dafür mißbrauchte, um politisch Andersdenkende zu kriminalisie-

ren", dann verrät er seinen Unwillen, daß die mit dieser Sache befaßten bundesdeutschen Gerichte von den ursprünglich elf verfolgten Fällen ("elf selbständigen Handlungen") letztendlich und auch dies nur unter eklatanter Verletzung des DDR-Rechts lediglich drei Fälle als Rechtsbeugung vorzuführen vermochten.

Für die in der Sache, der Strafaussetzung auf Bewährung, getroffene Entscheidung völlig überflüssig, schwärzt Herr Jordan die Verurteilte hinsichtlich ihrer Einstellung und Gesinnung an: Sie habe (nach wie vor) eine "rechtsfeindliche Gesinnung". Daß Herr Jordan der DDR feindlich gegenübersteht, hat er uns ja schon verraten. Nun nimmt sich ein solcher Mann heraus, der um vieles älteren DDR-Richterin ihre aus persönlicher Erfahrung in der Hitlerzeit und danach gewonnene Einstellung als "erhebliche charakterliche Schwäche" (!) vorzuwerfen, zumal sie diese nicht "zwischenzeitlich behoben oder auch nur gemildert" hätte bzw. eine "innere Umkehr" habe "erkennen lassen". Und besonders vorgehalten wird ihr, daß sie "noch in der Anhörung mündlichen vor Strafvollstreckungskammer ... jedwedes Fehlverhalten abgestritten" und (ihrer persönlichen Überzeugung entsprechend und wahrheitsgemäß) geäußert hatte, "sie habe als Richterin stets alles Menschenmögliche getan, um die Gesetze richtig anzuwenden" - die Gesetze ihres Staates, der DDR, Herr Jordan!

Daß sie zu ihrem Staat und dessen Recht stand und die DDR auch heute nicht in Bausch und Bogen verteufelt, wird ihr von Herrn Jordan hart angekreidet. Jedenfalls hat er nicht dazu beigetragen, die Annahme einer Siegerjustiz zu entkräften.

Letzte Meldung:

Gerda Klabuhn frei und in der DKP

Die ständige Mitarbeiterin der "RotFuchs"-Redaktion, Genossin Gerda Klabuhn, ist Ende Februar nach elfmonatiger Haft aus der Frauenvollzugsanstalt Berlin-Reinickendorf auf Bewährung freigelassen worden. Sie hat sich inzwischen der DKP angeschlossen und ist am 23 März 1999 von der Gruppe Berlin Nordostmit großer Freude aufgenommen worden.

Warum ein Historiker tiefer nachgraben sollte

Über Vorder- und Hintergründiges

Der bekannte Historiker Prof. Dr. Siegfried Prokop verlangt in einer Rede vor dem "Marxistischen Forum" (ND vom 27./28. Februar 1999) zurecht, bei der Lösung gegenwärtiger Probleme" auf die Denunziation der DDR" zu verzichten - und denunziert sie sogleich als "autoritären Sozialismus". Im nachfolgenden Satz unterstellt er allen, die in der DDR auf diese oder jene Weise aktiv an der sozialistischen Revolution und am Beginn des Aufbaus des Sozialismus mitwirkten, alles irgendwelchen "Autoritäten" überlassen zu haben. Nachträglich will er uns durch die Bank zu "Opfern einer herrschenden Clique" erklären.

Offensichtlich - und das spürt man auch bei anderen Versuchen gesellschaftlicher Analysen - schleichen sich immer wieder bürgerlich-idealistische Geschichtsauffassungen in die Gedankengänge sozialistischer und kommunistischer Historiker und Politiker ein. Das findet seinen Ausdruck in der vordergründigen Beschreibung des Tuns und Lassens führender Leute, von "Autoritäten", von Stimmungen und Meinungen. Das führt zu solchen Formulierungen, daß der "Aufbau des Sozialismus nicht Sache der Arbeiter war", daß "Ulbricht sich als Anreger des Neuen Ökonomischen Systems gefiel", daß eine "reformfeindliche Gruppe unter Erich Honecker nach dem Prager Frühling den Reformen in der DDR den Garaus machte".

Mit solchen Betrachtungen ist den Ursachen für den Verlauf der Revolution, für die Niederlage der kommunistischen und Arbeiterbewegung in großen Teilen der Welt nicht auf die Spur zu kommen. Sie nutzen nicht zu Lehren für die Zukunft. Sie würden bedeuten, wir brauchten nur ein paar kluge Leute und der Sozialismus wäre gesichert. Genau das aber wäre er eben nicht.

Wichtigster Bestandteil materialistischer Geschichtsauffassung ist die Untersuchung der tatsächlich wirkenden gesellschaftlichen Kräfte. In der DDR haben nicht nur Ulbricht und Honecker oder Gruppierungen gewirkt und auch nicht nur Arbeiter und Bauern des eigenen Landes; die DDR befand sich vielmehr an einem äußerst neuralgischen Punkt in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus. Sie stand einem in höchstem Grade brutalen, habgierigen, erfahrenen Klassengegner unmittelbar gegenüber. Das war ein Gegner, der mit allen politischen, ökonomischen, ideologischen, geheimdienstlichen und militärischen Mitteln, mit Menschenhandel, Mord und Brandstiftung bis in den letzten Winkel der DDR gegen den Sozialismus wütete. Dieser Gegner hat uns viele Handlungen aufgezwungen, die mit Sozialismus nichts zu tun hatten. Wie kann man die DDR an einem Idealbild messen wollen, wenn die Bedingungen ein solches Ideal gar nicht zuließen! Die "Mauer" war - da muß man Gysi recht geben - weiß Gott keine sozialistische Errungenschaft; aber sie war ein Mittel, den Sozialismus zu schützen und die 1961 durchaus bestehende Chance zu nutzen, ihn erfolgreich zu gestalten.

Interessant bei Prokop ist die Periodisierung der Geschichte der DDR, weil er hier die idealistische Geschichtsauffassung teilweise verläßt. Vollständig wird diese Periodisierung jedoch nur, wenn man sie in welthistorische Prozesse einbindet: Die von P. charakterisierte erste Periode (1945-1961) deckt sich mit der Zeit der relativen Schwäche des Imperialismus nach dem 2. Weltkrieg, die die Möglichkeit einer sozialistischen Revolution mitten in Europa überhaupt erst eröffnete. Die zweite Periode (1961-1971) fällt einerseits mit der weiteren Entfaltung der kommunistischen Bewegung in Teilen Westeuropas und der übrigen Welt sowie dem Aufschwung der antikolonialen Befreiungsbewegung, andererseits mit der vollständigen Restauration des deutschen Imperialismus zusammen. Die dritte Periode (1971-1985, P. datiert sie bis 1989) ist in der Tat ein Zeitraum des weltweiten Niedergangs der kommunistischen und Arbeiterbewegung (von Ausnahmen, z.B. in Portugal, abgesehen). Die vierte Periode (1985-1990) ist schließlich durch die Machtübernahme der "Reformer" in den sozialistischen Staaten gekennzeichnet Sie wird durch das nahezu ausnahmslose Eindringen des Reformismus in die kommunistischen Parteien Europas und den vorläufigen Abbruch des antikolonialen Befreiungsprozesses gekennzeichnet. Diese Periode fand mit der freiwilligen, kampf- und widerstandslosen Auslieferung der Völker Osteuropas an den Imperialismus ihren Abschluß. Sie ausgerechnet als "demokratischen Aufbruch" und "Beitritt" zu bezeichnen ist eine bürgerlich-ideologische Entgleisung.

geriich-ideologische Entgleisung. Der "friedliche" Verlauf der Ereignisse in der DDR war nicht der Weisheit von Krenz oder anderer Leute geschuldet, sondern vielmehr der Tatsache, daß die Macht - in der UdSSR und anderswo - längst an die "Reformer" übergegangen war. Betrachten wir die SED: Sie erwies sich seit 1985 als ideologisch gespalten und besaß - nachdem Gorbatschow und andere an die Spitze der KPdSU und der Sowjetunion gespült worden waren - praktisch keine eindeutige politische Führung mehr.

Prokop, der den "modernen" Sozialismus

ausruft, empfiehlt immer wieder, "Reformen", die den "autoritären" Sozialismus ablösen sollen. Was hat es aber damit auf sich? Das Zielaller, Reformer" (1956, 1965, 1968) war angeblich eine Verbesserung des Sozialismus. Wie kommt es indes, daß die Machteliten des Imperialismus und deren Apologeten diese angeblichen Reformer materiell und ideologisch so lebhaft unterstützten? Wollte der Gegner etwa helfen, den Sozialismus - seinen Totengräber - zu verbessern? Oder erblickte er sehr schnell die Chance, mit Hilfe der vermeintlichen Reformer den Sozialismus aufzuweichen und die Völker dem Imperialismus auszuliefern? (Was ihm dann 1985 auch endgültig gelang.)

Von einem marxistischen Historiker erwarte ich die Untersuchung der tatsächlich wirkenden gesellschaftlichen Kräfte, von Gesetzmäßigkeiten gesellschaftlicher Entwicklung, die gründliche Analyse auch von Niederlagen. Und wenn ich das Handeln führender Leute beurteilen will (denn Geschichte beschreibt nicht, sondern urteilt je nach Position des Analytikers), dann muß ich immer fragen:

Welche Entscheidungen oder Handlungen entsprechen den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen?

Welche Entscheidungen wurden vom Gegner dieser Verhältnisse aufgezwungen? Welche Entscheidungen entsprachen den realen ökomischen Möglichkeiten?

Welche Entscheidungen beruhten auf Hektik, Panik, Fehlurteilen oder Überschätzung der eigenen Kräfte?

Diese Fragen lassen sich zu verschiedenen Zeiten sicher sehr unterschiedlich beantworten. Doch das weiß ein Historiker ja sehr viel besser.

Norbert Pauligk, Schwerin

Herzlich lädt die DKP-Nordost alle Genossinnen und Genossen, alle Sympathisanten, Freunde und Interessenten zu einer Veranstaltung mit dem langjährigen Direktor des Instituts für Strafrecht der Humboldt-Universität, dem heutigen prominenten Strafverteidiger

RA Prof. Dr. habil Erich Buchholz

am Dienstag, dem <u>27. April 1999, um</u> <u>19 Uhr</u> insalte ND-Gebäude am Franz-Mehring-Platz I ein.

Thema:

Zur politischen Strafverfolgung von DDR-Bürgern

Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (6)

Die Bourgeois und ihre Ideologen

Die Bourgeoisie als Klasse ist bezüglich ihrer Stellung im Produktions- und Aneignungsprozeß, als eine Gesamtheit Lohnarbeiter ausbeutender Privateigentümer, homogen, ansonsten unter dem Aspekt der Konkurrenz und ihrem Anteil an der Aneignung des gesellschaftlich erzeugten Mehrwerts nach heterogen. So auch ihre Ideologen. Marx unterschied zwischen den "aktiven Bourgeois" - den in Produktion, Handel, Finanzen tätigen - und ihren "Ideologen", worunter er die Gesamtheit der Politikerzunft verstand, nicht nur deren Theoretiker als die eigentlichen Ideologieproduzenten. Die Ideologen müssen nicht unbedingt der Klasse bzw. Klassenfraktion selbst angehören, die sie politisch repräsentieren. Letzteres gilt auch für die politischen Führer und Theoretiker der Arbeiterklasse, die wir hier aber bei der Betrachtung ausklammern.

Das Verhältnis zwischen den aktiven Bourgeois und ihren Ideologen ist keineswegs harmonisch. Im Gegenteil: Es ist widersprüchlich bis gegensätzlich; es kann sogar feindlich sein. Gegenüber der Arbeiterklasse fällt in Entscheidungssituationen jedoch alle Feindschaft zwischen ihnen weg. Dann sind sie sich einig. Ist die "Gefahr" für sie gebannt, attackieren sie einander wieder mit aller Schärfe.

Diese Feindschaften sind einmal bedingt durch die Konkurrenz zwischen den Bourgeoisfraktionen, zum anderen dadurch, daß sich die Politik - einmal zur Welt gekommen - gegenüber ihrer ökonomischen Basis verselbständigt, eigenen Gesetzmäßigkeiten folgt. Die Ideologen melden ihrerseits gesonderte Interessen an. Ferner wirkt das Gesetz der Konkurrenz auch unter ihnen. In diesem Wechselspiel unterschiedlicher bis gegensätzlicher Interessen wirken Ideologen und Bourgeois aufeinander ein. Die Ideologen besitzen dabei aber ein mehr oder weniger eingeengtes Möglichkeitsfeld für unabhängige Entscheidungen, das sie stärker oder schwächer erweitern können. In der gegenseitigen Einwirkung von aktiven Bourgeois und Ideologen besteht jedoch keine Gleichwertigkeit. In allen Konflikten ziehen die Ideologen stets den Kürzeren. Die Bourgeois verfügen über die Produktionsmittel, die natürlichen Ressourcen und das Geld, so daß sie auch über die ausgeklügeltsten ideologischen Tricks ihrer Kontrahenten siegen können. An der Richtungsbestimmung der Politik durch die Okonomie, die keineswegs mechanistisch - als "Einbahnstraße" - verstanden werden darf, ändern die Ideologen nichts. In dem Maße, wie die Bourgeois ihre ökonomischen Interessen über die Politik durchsetzen müssen, d.h. ihnen einen öffentlichen Charakter verleihen, gewinnt diese als "konzentrierter Ausdruck der Ökonomie" den Vorrang gegenüber der Ökonomie, was jedoch nicht bedeutet, daß die Ideologen ein Übergewicht gegenüber der Bourgeoisie erringen. (Der von ihr herbeigeführte Sturz Lafontaines hat das erst jüngst erneut bewiesen.)

Das politische Erscheinungsbild dieses dialektisch widersprüchlichen Verhältnisses von Ökonomie und Politik ist das Gerangel unter den bürgerlichen Parteien, zugespitzt in den parlamentarischen Haushaltsdebatten, wo es - letztendlich - um die Verteilung des gesellschaftlich produzierten Mehrwerts geht, und in Wahlkämpfen, wie es in der katastrophalen Niederlage der Grünen bei den hessischen Landtagswahlen am 7. Februar zum Ausdruck kam. Die rot-grüne Koalition hat ihr Möglichkeitsfeld gleich in den ersten 100 Tagen des Regierens überschritten. Namentlich Jürgen Trittin trat mit seinen - an sich vernünftigen - Forderungen nach raschem Ausscheren aus der efnergetischen Atomnutzung den aktiven Bourgeois unter den allmächtigen Nuklearkraftwerksbetreibern erheblich auf die Füße, was deren prompte und durchsetzungsfähige Reaktion zur Folge hatte. Das Kabinett machte eine perfekte Bauchlandung und trat den Rückzug

Auch die - ebenfalls vernünftige - Absicht der Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft war nicht nach dem Geschmack der Mehrheit der Bourgeoisfraktionen, die sogleich alle reaktionären Ideologen, einschließlich derer der rechtsradikalen Szene, auf den Plan riefen. Mit ihrer demagogischen Unterschriftensammlung, deren Wirkungen sich in Hessen niederschlugen, ließ die CDU den "Geist aus der Flasche" - und Schröder wie Schily mußten eiligst "umdenken". Vorallemaber die Steuerpolitik von Rot-Grün brachte deren Initiatoren kein Glück. Das Kapital organisierte sofort den Widerstand. Der Finanzminister blieb dabei auf der Strecke.

Die Landtagswahlen in Hessen und der erpreßte Rücktritt Lafontaines waren die ersten Quittungen für das Überschreiten des von den aktiven Bourgeois abgesteckten politischen Möglichkeitsfeldes. Die "Rot-Grünen" verloren damit ihre Mehrheit im Bundesrat. Wären deren Strategen, die sich auf voluntaristische Attacken verlegten, auch nur ein wenig mit der Marxschen Politiktheorie vertraut gewesen, hätten sie sich die eklatante Niederlage von Frankfurt/Main und das Debakel Lafontaines ersparen können.



Doch Herr Schröder hat als gewiefter Taktiker und "Nomenklaturkader" der Autoindustie

durchaus noch Chancen, sich aus dem Schlamassel wieder herauszuwinden, den Schwarzen Peter an die Linken in der SPD und an die Grünen weiterzugeben; und er könnte die aktiven Bourgeois fortan mit ihnen genehmeren Initiativen erfreuen.

Um in diesem System grundlegende Veränderungen durchführen zu können, reicht parlamentarischer Krakeel nicht aus. Dazu sind außerparlamentarische Massenaktionen erforderlich, - "outside pressure", wie die Engländer sagen.

Ulrich Huar

Leseempfehlung: Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: MEW, Bd. 8, S. 111 bis 207, besonders Abschn. III, S. 135 bis 148. Diese Schrift gehört zu den bedeutendsten Ausführungen von Marx zur Politiktheorie.

Eine Faust der offenen Hände

Ihr, die ihr verbittert steht, weil Oktobersturm und -sieg schon im Zeitenwind verweht; Ihr, die durch das Spargebrülle

Reiche reicher werden seht, daß die Sparlust euch vergeht;

Ihr, die in den Interwirren deutlich dumpfe Explosionen aller Elemente hört;

Kämpfer- innen harter Fäuste für Planet Humanitas. ballt die Fäuste nicht zu früh! Laßt die Hände hoffend offen. schafft euch so - ein großes Hoffen und bewahrt die off'nen Sinne, daß viel andre off'ne Hände bald sich finden einzuschlagen, einzugreifen, zu verbinden, um französisch, afrikanisch Einigkeiten aufzufinden. Schließt die Hände nicht für euch schließt auch andre Hände ein, laßt die Göttergläubigen zornerhitzt von Herrschersünden im Verbund der Hände sein.

Off'ne Hände der Asiaten, tief im Sinne indianisch,

kurdisch, spanisch und chilenisch und arabisch und kubanisch offne Hände finden sich, auch nach tausend Niederlagen den verhöhnten Menschenrechten erdballweit

eine starke Faust zu flechten.

Roger Reinsch (geschrieben für eine DKP-Veranstaltung)

Über den Begriff "Realsozialismus"

Wege und Irrwege

Der Begriff "realer Sozialismus" oder genauer "real existierender Sozialismus" ist ja eine verhältnismäßig späte Wortprägung. Sie wurde nach meiner Erinnerung zuerst in der DDR und erst in den 70er Jahren benutzt, von den anderen sozialistischen Ländern dagegen, wenn überhaupt, nur zögernd übernommen.

Woher kam das Bedürfnis, dem Begriff des Sozialismus ein seinem Wesen nach einschränkendes, gewissermaßen entschuldigendes Adjektiv beizufügen? Diese Beifügung ergab sich daraus, daß die Nichtübereinstimmung von Ideal und Wirklichkeit immer deutlicher sichtbar und spürbar geworden war und einer Erklärung bedurfte. Eine wirkliche Erklärung wurde nicht gegeben und konnte wohl auch nicht gegeben werden. Stattdessen wurde, durchaus zutreffend, daraufhingewiesen, daß es zwar schon viele Verheißungen - z.B. von der Sozialdemokratie - gegeben habe, einen Weg zur Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft zu gehen, daß aber nur in den sozialistischen Ländern wirklich ein Weg beschritten wurde, der die Macht des Kapitals brach und zum Aufbau einer neuen. auf dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmiteln beruhenden Gesellschaftsordnung führte. Wenngleich nicht vollkommen, so sei dieser Sozialismus doch der erste und bisher einzige real existierende Sozialismus.

Die Wortschöpfung vom Realsozialismus war also Ausdruck der Einsicht und des Eingeständnisses, nicht alle Erwartungen erfüllt zu haben, die man selbst gehegt und verbreitet hatte.

Etwa zeitgleich mit dem Aufkommen dieser neuen Wortschöpfung tauchte bei den Fragen, die uns von Schülern gestellt wurden, wenn wir in Schulklassen über unsere Erfahrungen im antifaschistischen Widerstand berichteten, ziemlich regelmäßig eine neue Frage auf, nämlich: "Haben Sie sich den Sozialismus damals so vorgestellt, wie er jetzt ist?" Diese Frage und die Wortschöpfung "Realsozialismus" hatten den gleichen Ursprung: Die beunruhigende wachsende Diskrepanz zwischen Ideal und Wirklichkeit. (...)

Es muß also untersucht werden, ob die führenden Parteien in den sozialistischen Ländern marxistische Parteien im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus geblieben sind. Vor allem die KPdSU, die 1917 die sozialistische Revolution als solche zum Siege geführt hat.

Obwohl gründliche Untersuchungen zu dieser Frage noch ausstehen, kann doch schon so viel festgestellt werden: Die Partei Lenins ist angetreten als Partei des entschiedenen unversöhnlichen Kampfes gegen den Imperialismus, als Partei der entschlossenen Verteidigung des ersten sozialistischen Staates der Welt gegen jegliche Form imperialistischer Versuche seiner Liquidierung. Diese Partei, zur Partei Gorbatschows geworden, endete als eine Partei, deren führende Figuren ohne Schwierigkeiten die Metamorphose aus Führern einer sich noch kommunistisch nennenden Partei in Führer antikommunistischer, proimperialistischer Parteien (oder in Kolumnisten imperialistischer Presseorgane) vollzogen.

Man stelle sich nur einmal die Frage, ob man eine derartige Wandlung auch bei Lenin (oder z.B. bei Georgi Dimitroff, Maurice Thorez, Palmiro Togliatti, Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck oder Walter Ulbricht, um nur diese Namen zu nennen) für möglich gehalten hätte, um zu erkennen. daß die KPdSU Gorbatschows mit der Partei Lenins im Kern nichts mehr zu tun hatte. nichts mehr auch mit der Lehre von Marx und Engels. Haben diese beiden sich doch -in dem berühmten "Zirkularbrief vom 17./ 18. September 1879 an August Bebel, Wilhelm Liebknecht und andere - in der schärfsten Form gegen das sogenannte "Züricher Dreigestirn" (Eduard Bernstein, Karl Höchberg und Karl August Schramm, in gewissem Sinne frühe Vorläufer der Gorbatschow/Schewardnadse) gewandt: "Gerät aber solchen Leuten gar die Parteileitung mehr oder weniger in die Hand, so wird die Partei einfach entmannt ... Wir können also unmöglich mit Leuten zusammengehen, die diesen Klassenkampf aus der Bewegung streichen wollen." (MEW Bd.34, S.407)

Was also ist in und mit der kommunistischen Bewegung passiert? "Passiert" ist mit ihr etwas Ähnliches wie um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert mit der alten Sozialdemokratie. Die führende Partei der kommunistischen Bewegung entwickelte sich aus einer Partei des unversöhnlichen Kampfes (was nicht verwechselt werden darf mit Unfähigkeit zu notwendigen Kompromissen) gegen den Imperialismus in eine Partei des unversöhnlichen Kampfes gegen die eigene revolutionäre Vergangenheit bei gleichzeitiger Versöhnung mit dem und Unterwerfung unter den Imperialismus.

Der Beginn dieser Verwandlung liegt nicht im Jahre 1985, sondern schon 30 Jahre früher. Rückblickend zeigt sich, daß es viel mehr als eine "zeitgemäße Programmänderung" bedeutete, als verkündet wurde, die Partei sei nicht länger die Partei einer Klasse, der Arbeiterklasse, sondern eine "Volkspartei", und der Staat nicht länger eine Diktatur des Proletariats, sondern ein

"Volksstaat". Wie wenig stichhaltig die dazu gegebenen "theoretischen" Begründungen waren, hat die weitere Entwicklung zur Genüge erwiesen. Sie waren in Wahrheit nur die Vertuschung dessen, was wirklich vor sich ging - die Verabschiedung vom Marxismus-Leninismus.

Wenn die Umwandlung der Partei sich über Jahrzehnte hinzog, dann deshalb, weil in der Parteiführung, noch mehr aber in der Parteimitgliedschaft, die Traditionen und die Ideen des Leninismus so tief verwurzelt waren, daß sie erst völlig über Bord geworfen werden konnten, nachdem neue Generationen herangewachsen waren, die vom Sozialismus nur dessen Abstiegsphase mit all ihren Widerwärtigkeiten und abstoßenden Zügen kennengelernt hatten, also die Ergebnisse der Tätigkeit einer nur noch äußerlich einheitlich auftretenden, innerlich tief gespaltenen und daher zu positiver Gesellschaftskritik unfähig gewordenen Parteiführung.

Wenn dem so ist, dann kann von einem plötzlichen Zusammenbruch des Sozialismus nicht die Rede sein; der Zusammenbruch ist dann nur das Endstadium eines jahrzehntelangen Prozesses der Denaturierung des Sozialismus, der Aushöhlung seiner wesentlichen Substanz und der Erosion seiner Basis in der Bevölkerung.

Dann ist ferner das Erstaunliche nicht, daß der Sozialismus zusammenbrach, sondern daß er erst so spät zusammenbrach, daß er so lange den zweifachen Angriffen auf seine Lebenskraft standhielt - dem des Imperialismus von außen und dem der antileninistischen, ihrem Wesen nach revisionistischen Kräfte im Inneren.

Aufgrund dieser meiner Sicht der Dinge neige ich dazu, mit Realsozialismus nur eine bestimmte Phase des Sozialismus zu bezeichnen, nämlich jene Abstiegsphase, in der sich - als Folge des Abweichens vom "Weg von 1917" - zwischen Wirklichkeit und Ideal oder besser gesagt, zwischen dem real Erreichten einerseits, dem Erwarteten und bei normaler Entwicklung auch erreichbar Gewesenen andererseits, eine immer größere Kluft auftat. Der "reale Sozialismus" war dann eben nicht "der reale Weg, dem gesellschaftlichen Fortschritt Bahn zu brechen", sondern bereits ein Ergebnis des Abirrens von diesem Weg.

Wenn jemand heute solche Ansichten äußert, dann ist ihm die alsbaldige Brandmarkung als "Stalinist" gewiß. Aber es geht in Wahrheit nicht um Stalin und "Stalinismus" - es geht um Lenin und den Leninismus, darum, sie nicht mit einer historischen Schuld und mit einem historischen Versagen zu belasten, die nicht auf ihr Konto kommen. (...)

Dr. Kurt Gossweiler

(Erstmals erschienen in den "Weißenseer Blättern", Jahrgang 1992, Heft 2)

Am Rande bemerkt

☐ Vor 80 Jahren, am 2.3.1919, wurde in Moskau die Kommunistische Internationale (Komintern) gegründet. 52 Delegierte von kommunistischen und linkssozialistischen Parteien und Gruppen aus 21 Ländern Europas, Amerikas und Asiens hatten sich durch den Blockadering der imperialistischen militärischen Intervention um die Sowjetunion in deren Hauptstadt durchgeschlagen. Zu den Teilnehmern, die Lenin im Namen der Partei der Bolschewiki in dem mit roten Fahnen und revolutionä-ren Losungen geschmückten Mitrofa-now-Saal des ehemaligen Gerichtsgebäudes im Kreml begrüßte, gehörte auch Hugo Eberlein als Abgesandter der KPD. In dem auf dem Kongreß beschlossenen "Manifest an das Proletariat der ganzen Welt" heißt es im Rückblick auf das Kommunistische Manifest von 1847:

"72 Jahre sind verflossen, seit die Kommunistische Partei der Welt ihr Programm in Form eines Manifestes, von den größten Lehrmeistern der proletarischen Revolution, Karl Marx und Friedrich Engels, geschrieben, verkündet hat. Schon zu jener Zeit war der Kommunismus, der erst kaum in die Arena des Kampfes getreten war, von Hetze, Lüge, Haß und Verfolgung der besitzenden Klassen, welche mit Recht in ihm ihren Todfeind ahnten, umzingelt. Im Lauf dieser sieben Jahrzehnte ging die Entwicklung des Kommunismus schwere Wege: Stürme des Aufstiegs, aber auch Perioden

des Niedergangs; Erfolge, aber auch harte Niederlagen. Im Grunde ging die Entwicklung doch den Weg, der ihr im Manifest der Kommunistischen Partei vorgezeigt war ... Wir Kommunisten, die Vertreter des revolutionären Proletariats verschiedener Länder Europas, Amerikas und Asiens, die wir uns in Sowjetmoskau versammelt haben, fühlen und betrachten uns als Nachfolger und Vollbringer der Sache, deren Programm vor 72 Jahren verkündet wurde."

Die Zeitschrift "Die Kommunistische Internationale", die in mehreren Sprachen herauskam, veröffentlichte Beiträge zu wichtigen theoretischen, politischen, strategischtaktischen und organisatorischen Problemen der Tätigkeit der Komintern und der kommunistischen Parteien in allen Ländern. Sie entwickelte sich zu einem Forum des weltweiten Erfahrungsaustauschs und Meinungsstreits. Das 1920 erschienene Heft 10 etwa (siehe Abbildung) enthielt u.a. einen Aufruf an die Werktätigen der ganzen Welt zum 1. Mai, Beiträge von Gorter, Lenin, Trotzki, Guilbeaux, Reed, Berichte und Dokumente aus der internationalen kommunistischen und Gewerkschaftsbewegung sowie mehrere Beiträge zu den Themen .. Helden und Märtvrer der proletarischen Revolution" und "Der Erste Mai in Rußland".

☐ Vor 75 Jahren, am 15. März 1924, wurde

in Orsk (Gebiet Orenburg) der sowjetische Schriftsteller Juri Bondarew geboren. Bondarew war während des Großen Vaterländischen Krieges Kommandeur einer Artillerieinheit, mit der er den Weg von Stalingrad bis in die Tschechoslowakei zurücklegte. Von 1946 bis 1951 studierte er am Gorki-Literaturinstitut. Bekannt geworden ist er vor allem durch die künstlerische Verarbeitung seiner Kriegserlebnisse etwa in "Bataillone bittenum Feuer" (1957), "Die letzten Salven" (1959), "Die Stille" (1962) oder "Heißer Schnee" (1970). Auch an dem mehrteiligen Filmepos "Befreiung" war er wesentlich beteiligt.

Bondarew legte seine Auffassung zu seinem Hauptthema so dar: "Die Wahrheit des Krieges schließt in sich alles ein - von der Bewegung des Rotstifts auf der Karte im Hauptquartier bis zur Nacht vor dem Kampf, im Graben, von Lenin und den Tagen der Oktoberrevolution bis zu den ersten Schüssen im Juni 41, vom Jahre 1937 bis zum XX. Parteitag. In den Schützengräben des Krieges wurde das Schicksal der Sowjetmacht, das Schicksal des Sozialismus und folglich auch das Schicksal jedes Soldaten entschieden. In den Schützengräben, die sich von der Barentsee bis zum Schwarzen Meer hinzogen, kämpfte das Volk - deshalb konzentrierten sich hier all unsere Ideen, Erwartungen, Hoffnungen."



☐ Gegen eine Spende für den RotFuchs sind abzugeben (von jedem Titel steht nur ein Exemplar zur Verfügung):

Erzählungen aus Skandinavien. U.a. von S. S. Blicher, H. Chr. Andersen, J. P. Jacobsen, A. Strindberg. Verlag Neues Leben, Berlin 1958. 452 S.

W. Jan: Dschingis-Khan. Aus dem Russischen von Horst Wolf. Gustav Kiepenheuer Verlag. Weimar 1965. 398 S.

Bernhard Kellermann: Yester und Li. Die Geschichte einer Sehnsucht. / Das Meer (Roman). Verlag Volk und Welt. Berlin 1967. 488 S.

Wladimir Korolenko: Der blinde Musiker. Erzählung. Zeichnungen H. Bartsch. Nachwort Karl Laux. Henschelverlag Berlin 1960. 180 S. (Aus der Bibliothek der Partei-Hochschule Karl Marx)

Mstislawski, S.: Die Krähe ist ein Frühlingsvogel. (Über Nikolai Baumann.) Aus dem Russischen von Ena von Baer. Verlag Lied der Zeit. Berlin 1950. 368 S.

Dieter Noll: Kippenberg. Roman. Aufbau-Verlag. Berlin und Weimar 1979. 628 S.

Max Steenbeck: Impulse und Wirkungen. Schritte auf meinem Lebensweg. Verlag der Nation, Berlin 1977. 448 S.

W. M.





... Ich gratuliere Euch zum "RotFuchs" dieser für mich sehr aufschlußreichen Zeitung, die ich mit größter Aufmerksamkeit lese. Um nur wenige Beiträge aus zurückliegenden Nummern zu erwähnen: Floraths Artikel über Ulbricht fand ich hochinteressant. Er bestätigt für mich vieles, was ich ab und zu über Ulbricht, über seine Ideen und seine Persönlichkeit gehört und verstanden habe. Übrigens lernte ich ihn bei verschiedener Gelegenheit Mitte der 30er Jahrein Komintern-Zusammenhängen in Moskau persönlich kennen. Auch Schnitzler lese ich gerne, z.B. "Entschuldigung" oder "Deutsch und stolz". Der letzterwähnte Artikel erinnert mich an meine eigenen Überlegungen während der DDR-Zeit. Selbstverständlich sagte ich immer DDR, wenn es um das Land ging, in Gesprächen aber auch manchmal deutsch und Deutsche. Das war nicht populär, offiziell hieß es DDR-Bürger und DDR-Bürgerinnen, DDR-Jugendliche usw. Ich sagte auch BRD statt Westdeutschland. Meine Ansicht war nämlich: Warum sollte man es dem westlichen Teil Deutschlands überlassen, das deutsche Erbe zu verwalten? Denn in Wirklichkeit war es ja nicht so. Die DDR hat die besten Traditionen der deutschen Arbeiterklasse, der großen Kulturschaffenden, Dichter, Schriftsteller, Kompositöre wahrgenommen. Ich war sehr beeindruckt vom Kulturleben, vom Bildungssystem, vom Sozialsystem, von allem, was der DDR-Bevölkerung förderlich war. Auch wenn es auf gewissen Gebieten Einschränkungen gab. Die DDR-Bürger waren doch tatsächlich deutsch und Deutsche. Wenn ich Schnitzler lese, finde ich meine Gedanken bestätigt ...

Solveig Hansson, Stockholm

Bemerkung: Genossin Hansson war Vizepräsidentin der Freundschaftsgesellschaft Schweden - DDR

* * *

Für die herzliche Aufnahme in die DKP-Gruppe Nordost danken wir Euch, liebe Genossinnen und Genossen. Wir sind froh, wieder in einer Partei zu sein, die sich zu klassenbestimmter revolutionärer Weltsicht und Antiimperialismus bekennt. Mit unserem Eintritt in die DKP wollen wir aber auch das Andenken der Kommunisten und Sozialisten in Thüringen ehren, von wo wir stammen. Sie organisierten sich in der Weimarer Republik, bekämpften den Faschismus, bauten die DDR auf und schütz-

ten sie. Heute, in der Zeit tiefster Niederlagen und Demütigungen, erklären wir uns mit Euch für eine neue deutsche demokratische Republik.

Nebenbei etwas Futter für den "RotFuchs". Dr. Regine und Prof. Dr. Hans Fischer, Berlin

Meine Tochter Lisl Rizy hat mir den "RotFuchs" schon mehrmals geliehen, weil ich viele Artikel, die ich bei ihr gelesen habe, so gut und vor allem einfach und verständlich finde. So manche politischen Fragen, die an mich herangetragen werden, kann ich mit Hilfe unserer "Neuen Volksstimme" und vor allem des "RotFuchs" besser verstehen und erklären. Den Artikel "Angst vor dem Euro?" habe ich mir von meiner Tochter in einer großen Menge kopieren lassen und verteilt; er hat geholfen, auch innerhalb unserer KPÖ Diskussionen anzuregen. Überhaupt bin ich glücklich, daß es den "RotFuchs" gibt.

Emmy Berta Brichacek, Wien

**1

In der Februar-Ausgabe des "RotFuchs" habe ich den Leserbrief von Günter Hänsel aus Neuss gelesen. Seine Argumente sind für mich nicht nachvollziehbar. Ich bin weit davon entfernt, anzunehmen, daß jeder dem Anliegen des "RotFuchs" nur positiv gegenübersteht. Dazu sind die Standpunkte in der Partei zu unterschiedlich. Eine der Hauptaufgaben der kommunistischen Propaganda ist aber die Verbreitung der marxistischen Theorie. Wenn der "RotFuchs" Argumente für das tägliche Leben liefert, wie viele Leser bestätigen, erfüllt unsere Zeitung auch die agitatorische Aufgabe. Man kann sicher so manches Argument gegen den "RotFuchs" vorbringen, aber der marxistisch-leninistische Standpunkt ist wohl unbestritten. Die allgemeine Zustimmung quer durch die gesamte Bundesrepublik und darüber hinaus zeigt doch die Berechtigung dieser Zeitung in ihrer jetzigen Form. Wenn das nicht der Fall wäre, würde sich das Problem "RotFuchs" von selbst erledigen.

Die Behauptung, die Gruppe Nordost würde auf ein Wirken im eigenen Umfeld verzichten, ist allein angesichts der Tätigkeit von zwei DKP-Abgeordneten in Bezirksverordnetenversammlungen unseres Reviers etwas abwegig. Wenn der "RotFuchs" dazu beiträgt, weitere Genossen für die DKP zu gewinnen oder Genossen, die so denken wie wir, wieder zurückzugewinnen, dann ist den Zeitungsmachern nur herzlich zu danken.

Jürgen Thiele, Berlin

Nachdem ich geraume Zeit versucht habe, die "RotFuchs"-Koordinaten zu erfahren,

habe ich sie in den "Weißenseer Blättern" endlich gefunden. Bitte teilen Sie mir die Bezugsmöglichkeiten und -bedingungen mit.

E. Puppe, Dresden

Bemerkung: Der "RotFuchs" ist bei der im Impressum genannten Adresse oder bei Kurt Andrä, Parkstr. 89 E, 13086 Berlin, Tel./Fax: 030/927 99 011 zu bestellen. Unsere Arbeit stützt sich allein auf Spenden.

Soeben haben wir den "RotFuchs" erhalten, ohne den es nicht mehr geht.
Anny und Alfred Wagner, Berlin

Durch die "Weißenseer Blätter" bin ich auf Ihre Zeitung aufmerksam geworden. Darin gab es u.a. einen Hinweis auf die Oktober-Ausgabe und ein Interview mit Sahra Wagenknecht, in dem sie von ihrem Wahlkampf in Dortmund erzählt. Dies würde mich interessieren, und ich erlaube mir deshalb zu fragen, ob Sie mir ein Exemplar dieser Ausgabe senden könnten oder, wenn vergriffen, evtl. eine Kopie des Interviews. Ein aktueller "RotFuchs" würde mich auch interessieren. Anbei ein Unkostenbeitrag.

Arne Gravesen, Nibe (Dänemark)

Von Freunden lernten wir den "RotFuchs" kennen. Wir sind begeistert und bitten Euch, uns monatlich ein Exemplar zu übersenden. Anbei einen ersten Portobeitrag. Wolfram und Erika Lebede, Weimar

Ich bin 59 Jahre alt und arbeitsloser Lehrer für russische Sprache und Geschichte. Von 1966 bis Ende 1989 war ich Mitglied der SED. Ich habe mich bewußt nicht der PDS angeschlossen, weil deren führende, maßgebende Leute für mich zu den Totengräbern der DDR gehören. Seit vielen Jahren fühle ich mich der ungarischen Heimat meiner Frau verbunden und fand auf diesem Wege zu dortigen Kommunisten. Der Karl-Marx-Gesellschaft in Budapest bin ich freundschaftlich verbunden. Bitte senden Sie mir regelmäßig den "RotFuchs". Ich werde ihn nach dem Lesen sofort an meine Freunde in Ungarn weiterleiten. Michinteressieren auch Programm und Statut der DKP, unserer langjährigen Schwesterpar-

Eberhard Kornagel, Leipzig

Es ist das gute Recht des Genossen Hänsel, dem "RotFuchs" (s.Leserbrief in Nr.13) seine Zustimmung zu versagen. Die auf Lenin gestützte Begründung seiner AblehSeite 20 RorFucus/März 1999

nung vermag ich hingegen nicht zu akzeptieren.

Lenin stellte der bolschewistischen "Iskra" - einer gesamtrussischen politischen Zeitung - die Aufgabe, als kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator zu wirken. Auf Deutschland bezogen, müßte man an diesen Kriterien die UZ messen. Dieselben Ansprüche jedoch an jede Zeitung der Partei zu stellen, halte ich für etwas überzogen. Ist es nicht legitim, daß sich eine Zeitung wie der "RotFuchs" zunächst einmal auf propagandistische und agitatorische Aspekte konzentriert? Es ist doch sehr viel, was das kleine Blatt auf diesen beiden Gebieten leistet. Und was gibt es für Gründe, der Redaktion zu unterstellen, sie betrachte das organisatorische Wirken als "Kleinkram" und verzichte bewußt darauf? Hat sie das etwa getan? Woher kommen denn die vielen neuen Mitglieder der Gruppe Nordost?

Als unverständlich und geringschätzig empfinde ich die Aussage Günter Hänsels, der "RotFuchs" erreiche nur jene, welche "schon immer so gedacht haben und sich nun freuen, in schwerer Zeit historisch und ideologisch bestätigt zu werden." Erstens stimmt das so nicht, zweitens - sind diese Menschen für uns nicht wichtig? Ist das, was sie denken, für die DKP nicht mehr aktuell?

Nein, Genosse Hänsel, die Begründung, mit der Du den "RotFuchs" ablehnst, überzeugt mich nicht. Die Zeitung bewirkt schon viel und ist besonders für die weitere ideologische Stärkung der DKP bedeutungsvoll. Lenin würde seine Freude am "RotFuchs" gehabt haben!

Werner Hellmund, Klietz

Herzlichen Dank für die Zusendung Eurer Zeitung, die ich mit großem Interesse gelesen habe. Sie kam gerade zur rechten Zeit, weil ich die opportunistische Entwicklung der PDS, die einen Herrn Brie und eine Frau Pau hervorbrachte, in letzter Zeit mit großer Sorge und Enttäuschung verfolgt habe. Lieber "RotFuchs", Du gibst uns Mut und ehrliche Argumente, aber auch Wärme in dieser entsetzlich kalten Republik. Wir brauchen Dich!

Helmy Marvan, Berlin

Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank für die "RotFuchs"-Exemplare, die gut bei uns ankamen. Natürlich wurden davon auch schon Seiten kopiert und verteilt. Zur Unterstützung erst einmal eine kleine Spende in Form von 20 Briefmarken. Manfred Meyer, Rudolstadt

Sag mir, wo du stehst ... Ich stehe auf der Seite derer, die einen Staat errichtet hatten, in dem sich jeder entsprechend seinen Fähigkeiten entwickeln und ein sozial gesichertes Leben führen konnte.

Dank des vielgestaltigen politischen Inhalts und der gründlich recherchierten wissenschaftlich fundierten Artikel trägt der "RotFuchs" dazu bei, sich in der heutigen Zeit gegen die soziale Kälte aufzulehnen und mit Gleichgesinnten Standpunkte zu erarbeiten.

Danke für den "RotFuchs", den ich als wohltuende und anregende marxistischleninistische Zeitung seit September 1998 lese. Schickt mir bitte regelmäßig Eure Zeitschrift zu.

Anbei 30 DM.

Dr. Gabriele Cermann, Petershagen

Auch ich gehöre zu jenen, bei denen der "RotFuchs" ausnahmslos auf Zustimmung stößt. Ja, die Beiträge sind interessant und lösen bei mir oft Begeisterung aus. Hier finde ich kluge Argumente, die es mir ermöglichen, im Gespräch mit dem Nachbarn, dem Kollegen, den Jugendlichen als Agitator zu wirken. Im "RotFuchs" wird meine, wird unsere Sprache gesprochen. Er gibt mir Kraft und Zuversicht, um mit der uns übergestülpten kapitalistischen Ordnung des Westens fertig zu werden.

Durch die konsequente Verteidigung der DDR und die zahlreichen Zuschriften von Gleichgesinnten an den "RotFuchs" werde ich in meiner Überzeugung bestärkt, auf der richtigen Seite der Barrikade gestanden zu haben und weiter zu stehen. Deshalb, lieber Günter Hänsel aus Neuss, ist es so wichtig, daß es den "RotFuchs" gibt!

Leider muß ich als langjähriger Leser der UZ feststellen, daß es deren Redaktion bisher nicht gelungen ist, die Belange und Sorgen der Menschen aus der DDR zum Ausdruck zu bringen. Bei mir entsteht der Eindruck, daß die UZ-Redaktion "wie immer" arbeitet, ohne der neuen Lage genügend Rechnung zu tragen. So möchte ich den Vorschlag von Helmut Landauer aus Fulda unterstützen, bedeutungsvolle Artikel aus dem "RotFuchs" in die UZ zu übernehmen. Vielleicht könnte man mit Schnitzlers "Nach Baku-zu unserm Öl" ("RotFuchs" Nr. 13) beginnen.

Ulf Gerhard, Berlin

Die Nummer 12 des "RotFuchs" veranlaßt mich, Euch zu schreiben. Auf Seite 3 teilt Ihr mit, daß die Zeitung nunmehr ein Jahr alt geworden ist. Dazu möchte ich Euch herzlich gratulieren. Eure Artikel leisten einen vorbildlichen Beitrag zur Rolle der Presse im Leninschen Sinne. Auch meine Frau, ein junges Mitglied unserer Parteigruppe, ist hellauf begeistert und des Lobes voll für Eure Zeitung.

Die DKP Leipzig beging am 25. Februar 1999 ihr einjähriges Bestehen. In dieser Zeit

konnten wir unsere Mitgliederzahl erheblich erhöhen. Auch zwei junge Genossen sind der Partei beigetreten.

Wir bitten Euch, uns unbedingt alle folgenden Ausgaben des "RotFuchs" zu übermitteln. Anbei unseren solidarischen Beitrag von 50 Mark.

Bernhard Paul und Frau, Leipzig

Liebe "RotFüchse", obwohl ich nicht Mitglied der DKP und nicht mehr der PDS bin, möchte ich die Ausführungen von Bruni Steiniger und Dieter Itzerott zum Anlaß für eigene Bemerkungen nehmen. Dort werden entscheidende Fragen der Strategie und Taktik der Linken und - daraus abgeleitet - der Beziehungen zueinander aufgegriffen.

- 1. Es geht um die Einschätzung der BRD als imperialistischer Staat. Darüber herrscht, soweit ich das sehe, Einvernehmen.
- 2. Daß sich mit dem Schröder-Fischer-Kabinett kein Machtwechsel vollziehen würde, war auch klar. (Die ersten Monate mußten das jedem einleuchtend zeigen)
- 3. Daß sich der Kampf für tatsächliche Linke erleichtern würde, hat wohl niemand ernstlich erwartet, sondern das direkte Gegenteil ist der Fall (was aber wohl nicht alle so sehen, die sich als Linke bezeichnen; hier sind Illusionen auszuräumen).
- 4. Es kommt darauf an, eine klare Analyse vorzunehmen. Die Grundlagen dafür sind in den Hauptwerken von Marx, Engels und Lenin sowie in den Klassenkampferfahrungen der Arbeiterklasse zu finden. (Hier ist auch exakte Begriflichkeit am Platz: Imperialismus als Terminus, ohne zu übersehen, daß er sich natürlich entwickelt hat; sonst kann man zu falschen Schlußfolgerungen kommen.)
- 5. Ich stimme Bruni Steiniger zu, wenn sie die Differenzen innerhalb der DKP (genauso wie die in der PDS) nicht als ein geografisches, sondern als ein politischideologisches Problem sieht. Wie sie bin ich der Meinung, daß man Differenzen nicht durch Abstimmungen und Mehrheiten klären kann.
- 6. Die Beziehungen der DKP zur PDS müssen von Gleichberechtigung geprägt sein. Dabei meine ich, daß Lenin völlig recht hatte, als er sinngemäß forderte, man müsse sich zuerst abgrenzen, ehe man ein Bündnis eingehe. Und hier scheint mir der Hauptmangel der DKP-Politik zu liegen. (Warum wird der PDS-Führung z.B. nicht klar gesagt, daß man zur Stimmabgabe für die Partei nur dann bereit ist, wenn sie nicht nur die Aufnahme bestimmter DKP-Kandidaten auf ihre Listen akzeptiert, sondern auch gleichzeitig auf ganz Rechte wie André Brie verzichtet. Ich glaube nicht, daß dies eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der PDS wäre, wie gelegentlich verlautet.) Wenn ich weiter höre, daß maßgebli-

che DKP-Vertreter meinen, es wäre eine Niederlage für alle Linken, wenn die PDS (vielleicht nur mit Rechten) nicht ins Europa-Parlament einzieht, so fehlt mir dafür das Verständnis. Insofern hat sich m.E. der DKP-Parteitag Anfang Februar viel zu früh festgelegt. Erst einmal eine eigene Liste aufzustellen, die man dann immer noch hätte zurückziehen können, wäre wohl klüger gewesen. (...)

Gernot Bandur, Berlin

Nach einem Jahr beharrlichen Verschweigens der "RotFuchs"-Artikel nimmt die UZ erstmals von ihnen Notiz, wenn auch vorerst nur in der Form eines Leserbriefes von Günter Hänsel. Warum aber spielt der Autor, der früher stellvertretender Chefredakteur der Tageszeitung UZ war und heute noch als Redaktionsmitglied im Impressum steht, seine Funktion zum "mithelfenden Rentner" herunter? Soll die Zurkenntnisnahme vielleicht "weniger offiziell" erscheinen?

Als einem - wie er schreibt - Leser sämtlicher Ausgaben müßte Günter Hänsel eigentlich aufgefallen sein, daß das ständige Autorenkollektivdes "RotFuchs"unter fast einhelliger Zustimmung in mehreren hundert Leserbriefen (nur zwei oder drei wichen von diesem Tenor ab) das politischtheoretische Profil unserer Monatsschrift weitgehend bestimmt. Der Charakter des "RotFuchs" hat übrigens auch etwas mit Versäumnissen der UZ zu tun - besonders mit der geradezu sträflichen Vernachlässigung der DDR-Problematik und des kommunistischen Potentials in Ostdeutschland. Hinzu kommen Defizite in der Auseinandersetzung mit neuen Erscheinungen des Opportunismus.

In der "RotFuchs"-September-Ausgabe 1998 habe ich angefragt, wie es mit der vom DKP-Parteitag im vergangenen Mai beschlossenen Bildung einer Kommission zur Auswertung der historischen Erfahrungen der DDR und der Vorbereitung einer Arbeitskonferenz anläßlich ihres 50. Jahrestages bestellt ist. Hätte nicht Genosse Hänsel als ständiger "RotFuchs"-Leser damals die Frage aufgreifen und in der UZ-Redaktion eine Antwort der Zentrale anregen können? Bis heute steht sie leider aus.

Dr. sc. Gerhard Feldbauer, Rickenbach (Baden-Württemberg)

Beim ersten Durchsehen der Nr.13 des "RotFuchs" stieß ich sofort auf Bruni Steinigers Artikel mit der sehr bescheidenen Überschrift "Zu einigen Fragen". Hier werden Gedanken zum Ausdruck gebracht, die mir und zahlreichen anderen Kommunisten aus dem Herzen gesprochen sind. Jeder Satz dieses Beitrags findet meine volle Zustimmung! Ich habe den Artikel

zehnmal abgezogen und mir bekannten Genossen gegeben, darunter auch einigen Mitgliedern der PDS. In einer Zusammenkunft der DKP-Parteigruppe mit Gästen werden wir Brunis Beitrag im Monat März zur Diskussion stellen.

Ja, wir wollen nicht in der imperialistischen BRD "ankommen". Und wir bekennen freimütig, daß wir 1999 keine zwei Jubiläen begehen werden, sondern nur den 50. Gründungstag unserer Republik. Je größer der zeitliche Abstand zur Konterrevolution von 1989/90 wird, umso überschaubarer ist die Tatsache, daß die DDR wirklich die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes gewesen ist.

Natürlich werden wir unsere westdeutschen Genossen und deren Beitrag zum antiimperialistischen Kampf niemals vergessen oder geringschätzen. Wenn wir auch in West und Ost unterschiedliche Erfahrungen besitzen, so lassen wir uns nicht zur Freude der Bourgeoisie auseinanderdividieren. Die Marxisten-Leninisten ganz Deutschlands gehören zusammen! Karl Hertel, Dessau

Genosse Hänsel, langiährig leitender Redakteur und derzeit "Hilfskraft" in der UZ-Redaktion, teilt mit, daß ihm der "RotFuchs" nicht gefällt. Begründung: "weil das Umfeld der DKP-Gruppe Berlin Nordost konsequent ausgespart wird". An dieser Behauptung ist nur eins konsequent ausgespart: die Wahrheit. Es gibt fast keine "RotFuchs"-Ausgabe, in welcher aktuelle Kiez-Probleme keine Rolle gespielt hätten. So wurden z.B. sämtliche sieben Stadtbezirke, in denen die Gruppe wirkt, ausführlich vorgestellt. Allein in der Januar-Ausgabe, der letzten vor seiner Zuschrift, hätten Genossen Hänsel doch die Beiträge über den "Eklat in Weißensee" einschließlich der dazu abgedruckten Kommentare und Hintergrundmaterialien und der Artikel über die Marzahner Augenklinik auffallen müssen. Eigentlich wäre zu erwarten gewesen, daß auch die UZ dem mutigen Kommunalpolitiker Martin Dressel aus Weißensee ihre Solidarität gegen die PDS-Oberen erweist. Ich empfinde es als ausgesprochenes Defizit, daß dies nicht geschehen ist.

Als noch gravierenderes Defizit betrachte ich jedoch, daß die UZ ihre Spalten zunehmend antimarxistischen und latent antisowjetischen Gedanken öffnet, wie das z.B. das dubiose Material über Gennadi Sjuganow (Nr.8), die wohlwollende Besprechung des berüchtigten "Rotbuchs" aus der Feder des geschworenen Sowjetfeindes A. Lustiger (Nr.6), der unglaubliche theoretische und ideologische Wirrwarr in den Beiträgen von K. Neumann (Nr.3) oder H. Jacobs (Nr.7), um nur Beispiele aus die-

sem Jahr zu nennen, beweisen. Da kann es doch nicht verwundern, wenn Kommunisten, die aus der SED hervorgegangen sind, aber auch so manche westdeutschen Leser im "RotFuchs" ein sie richtig orientierendes Blatt sehen. Ostdeutsche bzw. DDR-Themen sind in der UZ ja ohnehin völlig unterrepräsentiert.

Genossen Hänsel wäre zu raten, seinen Einfluß in der UZ-Redaktion geltend zu machen und auf einen Abbau dieser Defizite hinzuwirken.

Übrigens: Als Mitglied der DKP-Gruppe Berlin Nordost freue ich mich über jede praktische Hilfe, mit der wir den "RotFuchs" interessanter, farbiger, vielgestaltiger machen können. Was wir aber am wenigsten brauchen, sind besserwisserische Belehrungen.

Frank Mühlefeldt, Berlin

Den "RotFuchs" betrachte ich als Gewinn für Kommunisten unserer Zeit. Besonders der klare Standpunkt zur DDR hat mir nach zehn Jahren Anschlußpolitik des Imperialismus sehr gut getan. Gerade zu einer Zeit, in der verschiedene Genossen des Parteivorstandes eine sozialdemokratische Politik in der PDS einzuführen bestrebt sind. Ich lese auch "offensiv", die "Weißenseer Blätter", die KAZ und die UZ. Ich wünsche Euch viel Kraft, Mut und Erfolg. Wer nicht kämpft, der hat schon verloren.

Anbei 10 Mark für die Arbeit.

Günter Bauch, Fraureuth

Für mich ist die Zeitung "RotFuchs" sehr wichtig und ich wünschte mir auch in anderen Publikationen - nicht zuletzt der PDS - so klare Positionen. Mir liegt es fern, mich als Mitglied der PDS - und wir haben ja auch genügend eigene Probleme - in Diskussionen innerhalb der DKP einzumischen. Dennoch glaube ich, daß die DKP die Standpunkte und die Genossen Eurer Gruppe Berlin Nordost nicht nur dringend braucht, sondern daß auch im Verhältnis zur PDS Prinzipienfestigkeit nötig ist.

Andreas Krämer, Gersdorf

Ich bin Leser der "Weißenseer Blätter" und durch diese auf die Existenz des "RotFuchs" hingewiesen worden. Ich möchte hiermit die Bitte an Sie richten, mich in die Bezieherliste Ihrer Zeitung aufzunehmen. Falls Sie noch Restexemplare des "RotFuchs" zur Verfügung haben, würde ich mich über eine Zusendung sehr freuen. Bitte teilen Sie mir mit, wie ich Ihre Zeitung unterstützen kann (z.B. Unkostenbeitrag, Spenden etc.).

Dietmar Petzold, Zschorlau

7

Zunächst eine kleine Korrektur zu dem Beitrag von Eike Kopf "Auf den Schultern Seite 22 RorFuchs/März 1999

der DDR": Der Jesuitenpater Oswald von Nell-Breuning, der über 100 Jahre alt wurde, war kein Kardinal. Dazu waren seine Ansichten zu wenig konservativ, zu weltoffen und realistisch.

Daß zumindest die Grunderkenntnisse von Marx auch im Katholizismus kein Tabu mehr sind, zeigte sich im Januar im Fürstentum Liechtenstein, wo die katholische Kirche die Staatskirche ist. Liechtenstein stellt bekanntlich einen der wichtigsten Unterschlupfe für Steuerfluchtkapital dar. Der Vatikan hat den als Bischof von Chur gescheiterten Wolfgang Haas, einen gebürtigen Liechtensteiner, "fortgelobt" und zum Erzbischof von Liechtenstein gemacht. Im vorigen Jahrhundert erlebten Monaco und Luxemburg aus Prestigegründen ebenfalls solche Aufwertungen. Immerhin: Ein Erzbistum auf 160 qkm Fläche ist an sich ein Witz ...

Der Protest unter den Liechtensteinern war spontan und in großen Demonstrationen wandten sie sich gegen diese Zumutung. Eine Folge der Proteste war die Gründung einer Bewegung "Offene Kirche", die bereits an die 1.000 Mitglieder hat (bei 31.000 Einwohnern).

Auf einer Tagung im Januar mit Teilnehmern aus neun Ländern in Liechtenstein sprach der Afrikamissionar Pater Gregor Böckermann aus Frankfurt/Main zu dem Thema, "Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon! Christen können keine Kapitalisten sein!" Er habe in Algerien sein "antikapitalistisches Praktikum" absolviert ...

Eine Mahnwache vor der zweitgrößten Bank im Lande, der Bank in Liechtenstein A.G., restlos im Besitz des Fürstenhauses, kam allerdings nicht zustande. Das sei in dem Kleinstaat, wo jeder jeden kennt, noch verfrüht und gefährde die neue Bewegung "Offene Kirche", argumentierten vor allem die gastgebenden Ordensschwestern vom Kostbaren Blute in Dux, Gemeinde Schaan.

Übrigens verwaltet diese Bank (Bilanzsumme: über 10 Milliarden Franken) mit Niederlassungen an zahlreichen Orten der Erde, auch erhebliche Gelder des Erzbistums Köln - und zwar ohne jeden ethischen Verwendungsauftrag.

Gerhard Moest, Leipzig

Immer wieder bewundere ich Genossen Schnitzler wegen seiner wissenschaftlichen, dialektisch-historischen Beiträge im "RotFuchs". In seinem Artikel "Nach Bakuzu unserm Öl" (Nr. 13) entlarvt er erneut den deutschen Imperialismus auf vortreffliche Weise. Kein Wunder, daß die Medien des Großkapitals für ihn nur den Begriff "Sudelede" auf Lager haben. Eine Beschmutzung, die ihn ehrt!

Auch die anderen Beiträge, insbesondere "Zu einigen Fragen" von Bruni Steiniger, sind wissenschaftlich exakt und unterscheiden sich deshalb von so manchem ND-Artikel

Überall wird ein Rückblick auf die DDR vorgenommen – auf das Wesentliche orientierend. Und das waren die sozialistischen Produktionsverhältnisse, das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln, das - trotz mancher Mängel – eine private Aneignung der gesellschaftlichen Produktion unmöglich machte.

Diese private Aneignung spürt man heute auf Schritt und Tritt. Durch Rationalisierung und Arbeisplatzabbau werden die Ausgaben für das variable Kapital - Löhne und Gehälter - im Interesse des Profits der sogenannten Arbeitgeber immer weiter abgebaut. Das alles hat es in der DDR nicht gegeben. Sie bestand also nicht nur aus "Mauerschützen" und "Stasi"! Die vielgeschmähte Staatsgrenze hatte für die DDR-Bürger eine wichtige Schutzfunktion.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Wie unser Zeichner SHAHAR die Auswirkungen des geplanten Abbaus von 4500 Krankenhausbetten in Berlin ins Auge faßt DOKTOR, JETZI SCHON DIF OBDUKTION?! JA! DEN O.P. HABEN WIR EINGESPART!!

Ziegenhals bleibt Ziegenhals

Über unsinnige Debatten



Haarspalter und Besserwisser verwenden derzeit viel Energie auf die Untersuchung der Frage, was für eine Tagung der KPD im Februar 1933 im "Sporthaus Ziegenhals" stattgefunden habe. Karl-Eduard v.

Schnitzler hat in seiner Rede anläßlich des 66. Jahrestages der Illegalen Tagung des ZK am 7.2.1999 hierzu Stellung genommen. Wir zitieren aus seiner Ansprache, deren Aussagen wir voll und ganz teilen:

Ist es heute - angesichts der Lage, der Gefahren und der Thälmannschen Aktualität nicht - gelinde gesagt - müßig, zu streiten, ob es sich hier vor 66 Jahren um eine "Illegale ZK-Tagung" gehandelt hat, oder um eine "Polit-Leiter-Konferenz", um eine "Reichsfunktionärstagung" oder um eine schlichte "Wahltagung" - und was da noch ins Gespräch gebracht wird?? Es ist wahr: Noch war die KPD nicht verboten. Aber die ersten Genossen starben schonzusammen mit sozialdemokratischen Genossen - gefoltert in SA-Kellern (...)

Wie wollte man da "legal" tagen? Hervorragende Funktionäre mußten sich schon versteckt halten, waren in der Illegalität. Wie sie erreichen, sie zur ZK-Tagung "einladen"? Mein Freund und Genosse Herrmann Dünow, der Organisator von Ziegenhals, hat mir gegenüber immer nur von der "Illegalen Tagung des ZK" gesprochen wie auch Wilhelm Pieck, Teilnehmer jener Tagung, bei der Einweihung der Gedenkstätte am 7. Februar 1953. Wer willes besser wissen als sie, gestützt auf Schutzbehauptungen Inhaftierter vor der Gestapo? Sollte es wirklich neue Erkenntnisse über Ziegenhals, seinen Charakter und seine Teilnehmer geben, werden sie - wie bereits begonnen-in die Dokumentation der Gedenkstätte aufgenommen, die im Gedenkzimmer ausliegt.

Eins aber ist unverrückbar: Ziegenhals steht unter Denkmalsschutz. Das heißt, am Zustand der Gedenkstätte darf nichts verändert werden. Laut Satzung sind "Zweck und Inhalt" der Tätigkeit des Freundeskreises: die "Erhaltung" der Gedenkstätte, der "Schutz des Andenkens und Vermächtnisses der Tagungsteilnehmer", das "Sammeln von Dokumenten und Sachzeugnissen" und ihre "Präsentation", vor allem aber das Wirken "im traditionellen antifaschistischen Sinn der Gedenkstätte", das Auftreten gegen alle Versuche, die Gedenkstätte ihrer Zweckbestimmung zu entziehen und zu entfremden"!

So steht's geschrieben - und so bleibt es!

Wo der "RotFuchs" entsteht

Wir über uns

Unlängst bekamen wir einen Brief, mit dem allen Ernstes angefragt wurde, in welchem "Verlagshaus" unsere Zeitschrift erscheine. Und als die Andräs, die u.a. den landesweiten Vertrieb des Blattes besorgen, ihre "Kunden" wissen ließen, sie seien umgezogen (der "RotFuchs" habe nun einen "anderen Bau"), traf prompt ein Glückwunsch zum "neuen Redaktionsgebäude" ein. Derart hochfliegende Erwartungen veranlassen uns dazu, der enorm gewachsenen Familie der Freunde unserer kleinen Zeitung reinen Wein einzuschenken.

Das inzwischen tausende Interessenten umfassende "RotFuchs"-Kollektiv besteht in erster Linie aus den Lesern, die das monatliche Erscheinen eines 24 seitigen Blattes mit ihren Spenden und ihrer sonstigen materiellen und ideellen Hilfe immer wieder absichern. Wir verfügen über keine anderen finanziellen Ressourcen und erhalten von keiner Seite irgendwelche Zuschüsse, um die hohen und ständig weiter zunehmenden Aufwendungen - besonders für Technik und Versand - zu bestreiten. Es waren allein unsere Leser, die beschlossen, diese in ihren Augen einmalige und unverzichtbare kommunistische Zeitung - eine authentische Stimme aus dem Osten - am Leben zu erhalten. Obwohl es für unsere Buchhalterin jeden Monat aufs Neue eine Zitterpartie ist, haben wir bisher - dank der Unterstützung durch viele Genossinnen und Genossen (von Bayern bis an die Ostsee, vom Rheinland bis ins Erzgebirge) - zu keiner Zeit Schulden machen müssen. Wenn in unserer Zeitung der Leserbriefanteil fast unverhältnismäßig hoch ist, dann verbirgt sich hinter der Veröffentlichung selbst kleinster Zuschriften das ständige

große Dankeschön an all jene Mitstreiterinnen und Mitstreiter, deren Sympathie und Solidarität wir mit dieser Art von Gegenliebe erwidern.

Im "RotFuchs" - so klein er auch ist - steckt nicht wenig freiwillige und gemeinsame Arbeit: der Autoren, der Grafiker und Leserbriefschreiber; des Redakteurs, der die eingehenden Beiträge redigiert und für den Druck vorbereitet; der Redaktionssekretärin, die die Manuskripte im Computer erfaßt; des Layouters, der die wirkungsvolle Gestaltung - das äußere Bild der Zeitung - absichert; der Kopiererin, die die Druckvorlagen im Automaten vervielfältigt; der Genossen, die das Legen, Falzen und Klammern übernehmen; der Expedienten, die das fertige Material zum Versand verpacken; der Fahrer, die die Säcke mit Umschlägen bei der Post aufliefern.

Der Herstellungsablauf, bei dem geistige und körperliche Tätigkeiten beinahe minutiös ineinandergreifen, ist also wie bei einer "richtigen" Zeitung. Auch wir haben eine "deadline" - den Redaktionsschluß - zu berücksichtigen (den 10 d. M.). Doch die Unterschiede sind natürlich gravierend: Honorare gibt es bei uns nicht. Und der Fuchsbau - der "Kessel" - ist eine schlichte Privatwohnung; auch unsere Technik steht im Zimmer von Genossen.

Wir hoffen, Ihr seid nicht enttäuscht, liebe Leserinnen und Leser, daß es weder ein Verlagshaus noch ein neues Redaktionsgebäude gibt. Das einzige, was wir Euch bieten können, ist eine niveauvolle, klassenkämpferische, marxistisch-leninistische Zeitung, die sich natürlich auch Autoren aus der PDS und anderer Provenienz öffnet. Unsere Aussagen sind weder gewen-

det noch angepaßt. Wir stehen ohne Wenn und Aber zur DDR - was kein Verschleiern von Defiziten bedeutet - und haben nicht die Absicht, jemals ideologisch in der BRD "anzukommen".

Bleibt uns bitte auch weiter gewogen, damit wir wie bisher eine Zeftung mit Mut und Biß machen und auch jenen unser Blättchen schicken können, welche selber keinen Obolus beizusteuern vermögen. Dank an alle!

Eure "RotFuchs"-Redaktion

Solidarität

Generäle der DDR neu als politische Gefangene der Klassenjustiz

in der JVA Hakenfelde, Niederneuendorfer Allee 140-150 13587 Berlin:

Joachim Goldbach, verurteilt zu 3 Jahren und 3 Monaten

Heinz Handke, verurteilt zu 2 Jahren und 8 Monaten

Harald Ludwig, verurteilt zu 3 Jahren

In Haft befindliche Kundschafter für den Frieden

Rainer Rupp, JVA Neunkirchen, Außenstelle Saarlouis, Kapuzinerstr. 1 66740 Saarlouis

Hans-Werner Schaaf, JVA Friedrich-Olbricht-Damm 16, 13027 Berlin

Schreibt den Genossen!

Vergeßt niemand! Eure Post ist Solidarität!

Offensiv feiert Geburtstag

Solidarische Grüße und gute Wünsche gehen nach Hannover an die Genossen der "offensiv" zum 5. Jahrestag des Bestehens ihrer Zeitschrift. Wir wünschen ihnen weiterhin eine scharfe Klinge beim Eintreten für kämpferischen und engagierten linken Journalismus.

Teilnahme am "Offensiv"-Fest

Am 20.März hat eine Gruppe von "RotFüchsen" am Fünf-Jahres-Fest der "offensiv" teilgenommen, das in den Räumen der DKP-Hannover stattfand. Gerda Klabuhn, Monika Kauf, Armin Neumann und Klaus Steiniger überbrachten den Herausgebern der Zeitschrift herzliche Glückwünsche aus Berlin und nutzten die Gelegenheit zum Gedankenaustausch mit anderen Teilnehmern.



der Redaktionsschlußzeiten durch Autoren und Leserbriefschreiber

Merzliehe Glückwünsche

Herzlich gratulieren die DKP Nordost und der "RotFuchs" dem standhaften und erprobten Kommunisten

KARL LEONHARDT

zu seinem 70. Geburtstag am 15.April 1999. Der Jubilar hat seine unwandelbare Treue zur Sache der Arbeiterklasse als General der sozialistischen DDR und als politischer Gefangener der imperialistischen BRD unter Beweis gestellt.

Unseren Glückwunsch den Genossinnen BÄRBEL und ROSI sowie den Genossen GERALD und JOCHEN, die sich der jährlichen Prozedur des Älter-werdens unterwerfen (müssen).

DKP-Nordost "RotFuchs"- Redaktion

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost

ViSdP.: Dr. Klaus Steiniger Teterower Ring 37 12619 Berlin Tel. (030) 56 13 404

LAYOUT: K. Uwe Langer

STÄNDIGE MITARBEITER:

Lena und Kurt Andrä. Eberhard Bock, Wolfgang Clausner Dr. sc. Sigmar Eßbach, Dr. sc. Gerhard Feldbauer Arno Fleischer, Walter Florath, Katrin Hellwig, Werner Hoppe, Prof. Dr. Ulrich Huar, Dieter Itzerott Monika Kauf, Gerda Klabuhn, Prof. Dr. Eike Kopf, Wolfgang Metzger, Rainer Rupp, Harry Schmitt,

SHAHAR Karl-Eduard v. Schnitzler, Dr. Hartwig Strohschein, Dr. Hans-Günter Szalkiewicz, Dr. Roland Ulbricht

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Rotköpfehens Gedanken zu Kindern und PDS



Hallo Leute tachichen sagt mal ist es euch auch schon durch den Kopp gerast, wie das mit der PDS and una Kindern iat? Da angte doch jemand, die jung-ookalisten Nation dies und die Junge Union Nat das ja und die Jungliberalen Naben auch . und so weiter. Da viel mir ein, als Kindergartenkind habe ich doch auch darauf gewar tet enalish "Junger Plonier" zu wer this side es de neb bau neb mehr. Wieso eigentlich nicht?

Haben sich dem alle die die wir als Pilei kannten, erschreckt und in ein Mauseloch verkrochen oder? Jedenfalls habe ich viele Fragen und auf dle will let von meinem Pilei Antworten! Also Genossen der PDS, da soll as doch auch eine AG Junge Genossen geben, machen die auch etwas anderes als geschwollen intelektuell daherreden und Junglinnen oder soetwas als neve Worte erfinden? Wer singt mit uns die alten Lleder vom Frieden und von Arbeit für allei Oder glaubt für den Kohl den euch die Leute im Fernsehen so sagen?

Wo ist der Baggerfahrer Willibald? Braucht die PDS keine Zehn Rote Kleberlein?

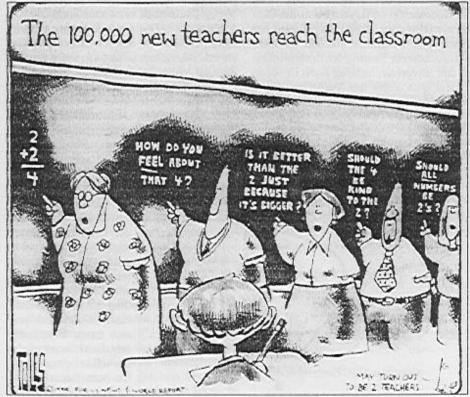
Denkt mal nach Nachdenken hilft oft!

Ever Rotkoppehen

(Roti nennen mich meine Freunde)

von Günter Werzlau





In den USA sollen jetzt 100 000 pensionierte Mathe-Lehrer mobilisiert werden, um das allgemeine Niveau an den Schulen zu heben.

Das Unternehtsthema. 2+2. An der Tafel wird gefragt. "Was empfindest du bei dieser 4?" "Ist sie besser als eine 2, nur weil sie größer ist?" "Sollte die 4 nett zu der 2 sein?" "Sollten alle Zahlen 2 heißen?"